6. Juli 1995

Nr. 339

Schöne Ferien!

Sommerzeit - zweiwöchentlich

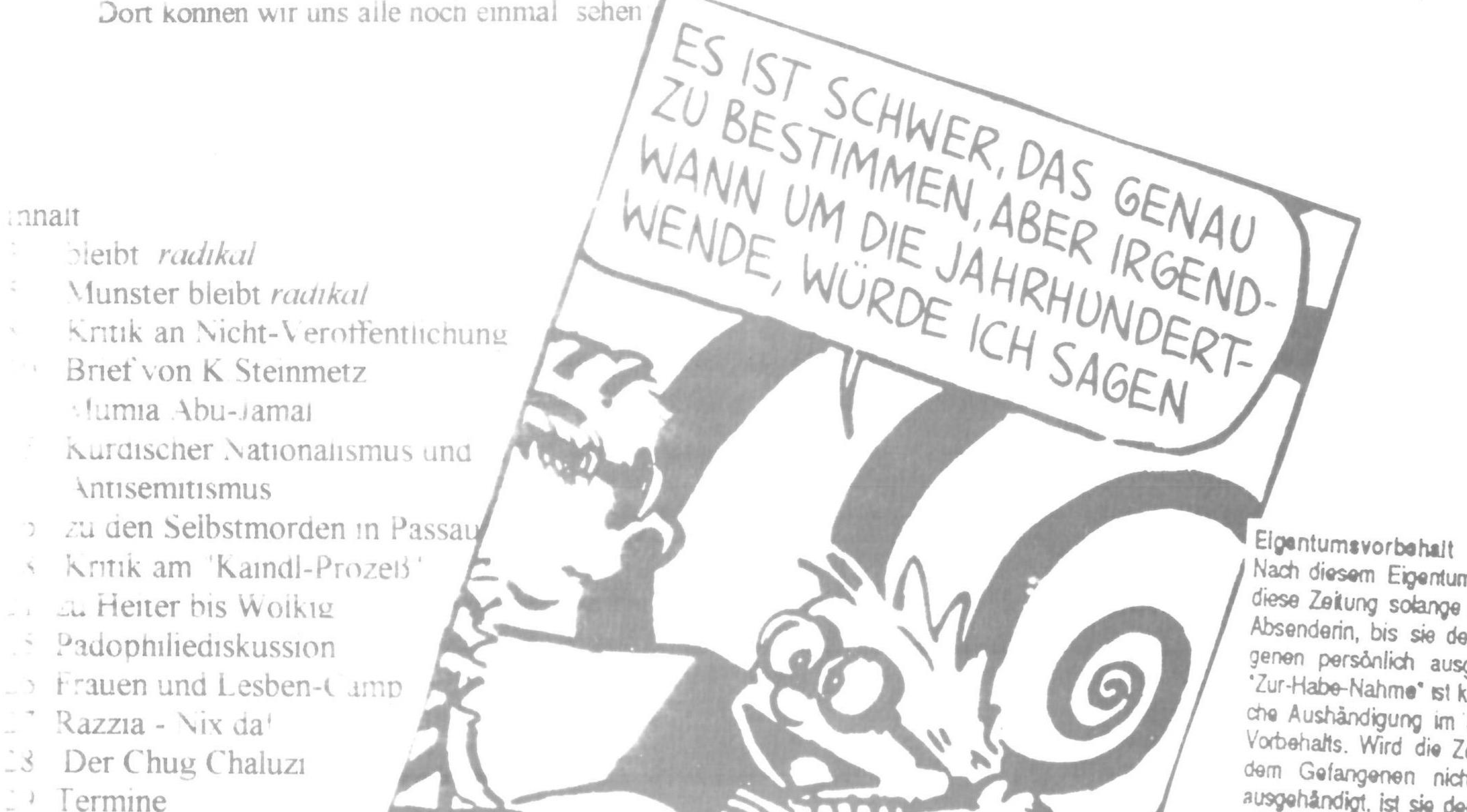
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2^{50} DM

hallo,
der Sommer ist rechtzeitig zum Sommerloch dazugekommen. Viele fahren in den Urlaub, oder machens sich sonst wo schön: andere werden bald die Sonne genießen können - hoffentlich !!!
Die Interim erscheint von nun an zweiwochentlich - nachste Woche also nicht. Denkt daran, wenn ihr termingebundene Sachen loswerden wollt.
Es ist noch einiges zu den veröffentlichten und nichtveroffentlichten Texten zu sagen. Es gab einen Haufen schlechter Vorlagen, die nicht verwendet werden konnten, schade drum.
Der Text zum "Kaindl-Prozeß" fordert eine notwendige Diskussion uber die verschiedenen Positionen und Strategien darin ein. Soweit er sich konkret auf den Prozeß bezieht, erscheint er uns spannend zu diskutieren. Der gesamte Stil jedoch ist einer konstruktiven Diskussion jedoch nicht förderlich. Hoffentlich soll es jedoch darum gehen ??
Die Demonstration für die Freiheit für Mumia Abu-Jamal am 22.Juli ist 'ne Bündnisdemo!!!!
Dort konnen wir uns alle noch einmal sehen



Inhalt

ferner
- Autonomie 95 - Klugscheißerei zum Kongreß
- Entwurf eines Demoaufrufs zu Mumia Abu-Jamal
- Erklarung zur Bahnstillegung
- Erklarung zu Mumia
- Abenteuerspielplatz Kreutzigerstr
- Brief von VS-Spitzel K. Steinmetz
- Danna, Poilin, Dounda, Padreeig sind frei!

Eigentumsvorbehalt
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

DICH FEST! WIR LANDEN!

Bleibt radikal

"es ging ja nie um illegalität als selbstzweck, sondern als vorraussetzung für freie kommunikation und vermittlung radikaler politischer inhalte."
(ID-Interview mit einer radi-gruppe, 1989)

13 Juni 1995:
Die Bundesanwaltschaft inszeniert einen groß angelegten Coup gegen linksradikale Strukturen. Ab 6.00 Uhr morgens werden bundesweit ca. 50 Wohnungen und linke Projekte gestürmt. Die bürgerlichen Medien unterfüttern die Aktion willfährig als "Schlag gegen terroristische Gruppen", zurren die Schleife um das BAW-Paket von AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und *radikal* unhinterfragt zu und sichern es durch einen medialen Doppelknoten ab. Legitimiert durch die Zauberformel des §129 (ob nun a oder nicht), sowie der Stigmatisierung durch die Bezeichnung "terroristische Gruppen", erscheint die Vorgehensweise der Bullen als normal. Daß da Wohnungen von Hundertschaften gestürmt werden, mit gezogener Knarre Kinder aus dem Bett gezerrt werden, fiese Bullenfressen verborgen hinter ihrer Anti-Terror-Maske diese Knarren auf die Köpfe von Menschen richten, denen "nur" die Mitarbeit an einer linksradikalen Zeitung unterstellt wird - das ist bundesdeutsche Realität.
Unter dem Vorwand, sie hätten die radikal verteilt oder gar hergestellt, wurden Menschen aus der linken Szene quer durch die Republik, von Berlin über Hamburg bis Köln terrorisiert. Die größte Durchsuchungsaktion gegen die deutsche Linke - kurdische GenossInnen sind in den letzten Jahren regelmäßig in diesem Ausmaß heimgesucht worden - seit langer Zeit.
Am Abend im Fernsehen dann kaum noch ein Wort über AIZ und K.O.M.I.T.E.E., dafür aber - soviel publicity hatten wir schon lange nicht mehr - reichlich Bilder aus dem *radikal*-Archiv des BKA, peppig in Szene gesetzt und die Meldung von 4 Verhaftungen mit der Begründung: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, der *radikal*. Zudem werde gegen 21 Bekannte sowie weitere Unbekannte wegen der Unterstützung bzw. der Mitgliedschaft in unserer "kriminellen Vereinigung" ermittelt.
Genügend Gründe also, uns selbst abseits der normalen *radikal*-Ausgaben zu Wort zu melden. Das dies nicht eben schnell geht, wissen alle, die die *radikal* kennen oder selbst Erfahrungen mit überregionalen Organisierungsstrukturen haben.

Wir werden uns hüten, unseren Stellenwert im linksradikalen Geflecht über die Intensität der Repression höher zu hängen als er wirklich ist. Wir mußten immer mit einem solchen Schlag rechnen. Und doch ist bemerkenswert, mit welcher Härte der Apparat gegen ein Zeitungsprojekt vorgehen kann, ohne auch nur mit dem Hauch eines Aufschreis von Seiten einer "linksliberalen Öffentlichkeit" rechnen zu müssen. Bezeichnend ist auch die Kontinuität, mit der selbst in Zeiten einer schwachen radikalen Linken gegen solche Strukturen vorgegangen wird. Kaum scheint die BAW bei ihrem ersten Versuch gescheitert, die Göttinger Antifa (M) mittels demselben Paragraphen 129 zu kriminalisieren, und gerade dürfte in Vergessenheit geraten sein, daß das Kölner Kurdistan-Büro neben zahlreichen anderen kurdischen Vereinen von den Bullen gestürmt und zuvor verboten wurde, weil es den "PKK-lastigen" Kurdistan-Rundbrief herausgegeben hatte, da landet die Staatsgewalt ihren nächsten Coup gegen die Reste organisierter Strukturen der radikalen Linken in Deutschland - am gleichen Tag, an dem der Nazi-Briefbombenterror gegen einen Lübecker SPD-Politiker zuschlägt.
Es ist offensichtlich, daß sich dieser Schlag nicht nur gegen uns richten sollte. Wir haben lediglich einen günstigen Vorwand abgegeben. "Die Aktion war eine zielgerichtete präventive Maßnahme zur Einschüchterung gegen die linksradikale Szene", ließ Innenminister und Abschiebespezialist Kanther noch am selben Abend verlautbaren. Während sich der rechte Terror verschärft und das große Deutschland in rot-grün-schwarzer Einigkeit zum ersten Auslandseinsatz der Bundeswehr bläst, soll klar gemacht werden, wo der wirkliche Feind steht, nämlich links. Die Botschaft des Vormittags ist eindeutig, der Zusammenhang AIZ, K.O.M.I.T.E.E. und *radikal* sollte in den Köpfen, auch in denen der Linken, hängen bleiben, und damit eine Gleichstellung dieser Gruppen bewirken, um die Kriminalisierung zu vereinfachen.

Zur bescheidenen Erinnerung:
Wir machen und verteilen eine Zeitung. Eine Zeitung, in der jenseits staatlicher Kontrolle und Selbstzensur (Schere im Kopf) unter anderem eine Auseinandersetzung über Straßenmilitanz und bewaffnetem Kampf stattfindet - und das zweifellos nicht "neutral". Wir lehnen die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols ausdrücklich ab. Im Gegenteil, wir sind parteilich. Die bestehenden Verhältnisse können nur dann erschüttert werden, wenn sich die linksradikalen Gruppen und Zusammenhänge Fähigkeiten und Strukturen aneignen, um punktuell schon heute wirksame Gegenmacht entwickeln zu können. Dies schließt notwendigerweise militante und auch bewaffnete Interventionen mit ein, welche ohne Rückkopplung und Vermittlung ins Leere laufen.
Natürlich freuen wir uns über jede durch militante Antifaschistinnen verhinderte Nazi-Veranstaltung. Als eine unserer Aufgaben sehen wir es an, faschistische Strukturen aufzudecken, um dadurch alte und neue Nazis angreifbarer zu machen und halten dies auch weiterhin für einen - einen - wichtigen Aspekt antifaschistischer Arbeit. Selbstverständlich wäre auch unsere Begeisterung groß gewesen, hätten wir den Titel der nächsten Ausgabe mit dem Bild des gesprengten Abschiebeknastes in Berlin/Grünau zieren können. Jede/r, der oder die versucht, gegen die deutsche Flüchtlingspolitik zu intervenieren, hätte sich über diesen konkreten Schritt gegen die Abschiebemaschinerie gefreut.
Eine radikale Linke, die ihre Geschichte der letzten 25 Jahre ernst nimmt, muß sich mit den Erfolgen und Fehlern von bewaffneten und militanten Gruppen, seien es RAF, Bewegung 2.Juni, Revolutionäre Zellen oder militante Autonome Gruppen auseinandersetzen und daraus Konsequenzen für die Zukunft ziehen.
Und sie darf sich nicht darauf beschränken, in die Geschichte zurückzublicken, sondern muß die aktuellen Entwicklungen wahrnehmen und ein Teil von ihnen bleiben, d.h. sich in den jetzt agierenden antifaschistischen Zusammenhängen bewegen oder beispielsweise die Auseinandersetzung mit den von uns sehr kritisch beäugten AIZ führen. Der Raum für diese Diskussion muß ständig neu erkämpft und gegen staatliche Angriffe verteidigt werden.

[illegible] ich nicht weniger versucht die ***radikal*** zu ermöglichen, ind[illegible] eine notwendige Struktur zur Verfügung stellt und sich punkt[illegible] lber zu Wort meldet.
Beinahe überflüssig zu [illegible] hnen, daß Bullenaktionen gegen die ***radikal*** immer gleichzeitig [illegible] Kriminalisierung anderer linker Strukturen, die diesen notwen[illegible] en Raum zur Verfügung stellen, Vorschub leisten. So z.B. der [illegible] iminalisierung von Infoläden und anderen linksradikalen Zeitungen.
Dem aktuellen Angriff gegen uns liegen im Vergleich zu den vorherigen repressiven Kampagnen zwei grundsätzliche Qualitätsunterschiede zugrunde. Einerseits werden wir nun zur eigenständigen "kriminellen Vereinigung" gemacht, andererseits wird der ***radikal*** erstmalig "durchgängig strafbarer Inhalt" unterstellt. Ein Blick in die letzten Ausgaben zeigt, was denn nun alles strafbar sein soll. Antirassistische Straßenumbenennungen in Braunschweig, Thesen zu Nationalismus und Befreiungskampf in Kurdistan, eine Aufarbeitung der Geschichte der patriarchalen Geschlechterspaltung, ein Aufruf zur Nutzung nichtkommerzieller Radios, Debatten über linke Kampagnen zum 8.Mai...Strafbarer Inhalt? Mußten bisher immer einzelne Artikel, meist wegen "Unterstützung terroristischer Vereinigungen" kriminalisiert werden, spart sich jetzt die BAW die Mühe und erklärt uns der Einfachheit halber gleich zur "kriminellen Vereinigung". Damit wird offensichtlich jeder Inhalt kriminell. Gerade aber die Mischung aus theoretischen Aufarbeitungen und konkretem Ein- und Angreifen, aus Diskussionen und praktischen Handlungsanleitungen, macht die ***radikal*** für viele lesenswert. Und auf diese Mischung legen wir wert. Die ***radikal*** soll mobilisieren zum Kampf gegen Nazis und Tips zum Stoppen des Castor-Transports geben, sie soll aber auch informieren über die Debatte zum Antinationalismus oder Hintergründe zur Entstehung kapitalistischer oder patriarchaler Strukturen vermitteln. Und sie soll vor allem denen in den hintersten Winkeln der Republik Raum bieten für ihre Aktionen und Schwierigkeiten, die den Augen einer metropolenfixierten und abgeklärten Linken schon lange entgangen sind. Diese Mischung erklärt die BAW als kriminell.
Was die Verfolgungsbehörden über uns erzählen, klingt fast wie ein Krimi. "Hochkonspirativ" seien wir organisiert, zudem hätten wir "festgefügte Organisationsstrukturen". Was da gefährlich und straight anmutet ist jedoch eher eine banale Feststellung. JedeR, der oder die eine Zeitung machen will, braucht "festgefügte Organisationsstrukturen", muß sich zusammensetzen, über den geplanten Inhalt diskutieren, die Verteilung organisieren, Abos verschicken, Artikel schreiben, auf LeserInnen antworten und und und. Was uns von jeder legal erscheinenden Zeitung unterscheidet ist die Tatsache, das wir diese Struktur der staatlichen Kontrolle und damit dem Zugriff der Zensurbehörden entzogen haben. Wir haben über die Jahre eine Organisationsstruktur aufgebaut, mit der eine für den derzeitigen Zustand der radikalen Linken vergleichsweise hohe Auflage von Zeitungen verdeckt bundesweit verteilt wird. Wie andere Gruppen, die versuchen, offene oder verdeckte Strukturen aufzubauen, sind wir so wieder zur Zielscheibe verschärfter Repression geworden.
Aus ihren Augen gesehen hat die BAW dafür gute Gründe, denn alle bisherigen Schritte gegen uns haben ihr Ziel nicht erreicht. Immer erschien die ***radikal*** weiter und hängte sich keinen Maulkorb um. 1982 wurden ca. 20 Wohnungen, Buchläden und Druckereien durchsucht, um gegen die ***radikal*** wegen der "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" vorzugehen. 1984 wurden zwei angebliche Herausgeber der Zeitung zu zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Sie konnten sich der Haft entziehen, da sie als Abgeordnete für die Grünen ins Europaparlament gingen. 1991 stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen Zahlung einer Geldbuße ein. Der nächste Schlag folgte 1986, als die ***radikal*** schon verdeckt organisiert war. Diesmal waren ca. 100 Buchläden und Wohnungen das Ziel der Bullen. Knapp 200 Verfahren wurden eingeleitet, letztendlich wurden fünf Leute zu 4 - 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Die Repressionswelle 1986 hatte - neben den immer miteinkalkulierten Zielsetzungen der Einschüchterung und Abschreckung, sowie der Fixierung der Aktivitäten auf die Repression - vor allem eins im Sinn. Die ***radikal*** sollte aus der Öffentlichkeit vertrieben und ihr Wirkungskreis eingedämmt werden. Dies gelang nicht. Trotz dem Abspringen zahlreicher Buchläden, die meist noch aus der legalen Zeit der radikal stammten und lediglich hohe Zahlungsdefizite hinterließen, wurde die Arbeit an der radi sowie deren Verteilung immer dezentraler aufgeteilt. Ein ganzes Netz aus Gruppen und Personen übernahmen aus ihren Bedingungen heraus ein Stück Verantwortung für die Zeitung. 1989 schlugen die staatlichen Zensurbehörden ein weiteres Mal zu, nachdem der Amsterdamer ID-Verlag ein Interview mit uns als Broschüre herausgegeben hatte.
Der Schlag der BAW macht einmal mehr deutlich, daß das ganze Gezetere der bürgerlichen Medien und der Linksliberalen gegen die Politik bewaffneter Gruppen mit dem Tenor "Eure Aktionen ermöglichen es der Staatsgewalt, die Repressionsschraube immer weiter anzudrehen" vollkommene Augenwischerei sind. Auch durch den Gewaltverzicht der Guerilla wird nicht der Raum geöffnet für "gesellschaftlich andere Auseinandersetzungsebenen". Die Aufmerksamkeit der Saubermänner für Ordnung und Ruhe richtet sich weiterhin gegen linksradikale Gruppen, die als gemeingefährlich definiert und im gewohnten und bereits erreichten Niveau angegriffen werden.
Vier Leute sitzen jetzt im Knast! Das geht auch an uns nicht eben locker und spurlos vorbei. Daher wollen wir auf alle Fälle den Austausch und die Kommunikation mit den Solidaritätsgruppen.
Der Vorwurf gegen die 4 lautet: Sie sollen die ***radikal*** gemacht und verteilt haben. Aber wer "macht" denn eigentlich die ***radikal***? Diejenigen, die Berichte von ihrer letzten Antifa-Aktion schicken, oder jene, die mal eben 10 Zeitungen von hier nach dort bringen und in ihrem Freundinnenkreis verteilen, oder vielleicht der, der ein paar dieser Berichte abschreibt und lay-outet, oder die, die dafür sorgt, das nur ein einziges Exemplar durch die Mauern des Knastes dringt? Vielleicht meint die BAW ja auch die, die wochenlang diskutieren, um danach lange Artikel in der ***radi*** zu veröffentlichen. Oder jene, die tagelang hinter der Druckmaschine stehen?
Wir wissen nicht ganz genau, wen die Verfolgungsbehörden als die ***radikal*** bezeichnet, aber wir wissen, gemeint sind wir alle! Alle die weiterhin darauf bestehen, daß die radikale Linke Kommunikationsstrukturen braucht, die sich der Kontrolle und dem Zugriff der Staatsgewalt des Staatsapperates entziehen. Und alle, die weiterhin darauf bestehen, daß man/frau sich organisieren muß, um im kapitalistisch-patriarchalen Alltag nicht unterzugehen. Deshalb liegt es auch an uns allen, diesen Angriff nicht unbeantwortet zu lassen und hinzunehmen.

Wir brauchen eine unkontrollierte Widerstandspresse!

Lest, nutzt, verteilt und bleibt radikal!

Powrige Grüße an Rainer, Ralf, Werner und Andreas!

Raus mit den Gefangenen!

Die Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!

Einige ***radikal***-Gruppen

Die ***radikal*** ist erreichbar über 1.Umschlag: NN, Van Ostadestraat 233n, NL-1073 Amsterdam. 2.Umschlag: Z.K.

Unrast Kollektiv zu den Repressionen gegen die

radikal in Münster

Öffentliche Stellungnahme - einige Klarstellungen nach unserem derzeitigen Kenntnisstand

Am letzten Dienstag, den 13. Juni 1995, sind bundesweit mehr als 50 Wohnungen und links-alternative Informationsstellen von Beamten der Bundesanwaltschaft, des BKA und der Landeskriminalämter durchsucht worden. Dabei wurden 4 bereits vor Monaten ausgestellte Haftbefehle vollstreckt.
In der Presse, die sich zunächst ausschließlich auf die Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft stützte, wurde die Aktion bereits am selben Tag um 8 Uhr morgens als "erfolgreicher" Schlag gegen die terroristischen Gruppierungen "Antiimperialistische Zellen" und "Das KOMITEE" begründet. Hervorgehoben wurde die Bedeutung dieser Gruppierungen als angebliche "Nachfolgeorganisationen" der RAF.
Tatsache aber ist, daß alle 25 Ermittlungsverfahren von denen wir wissen, nichts mit oben genannten Gruppierungen zu tun haben, sondern ausschließlich im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift *radikal* stehen, die allerdings von der BAW als "hochkonspirativ agierende Organisation" hochgespielt und in der Gefährlichkeit terroristischen Gruppen gleichgesetzt wurde.

1. Klarstellung: Die Zeitschrift *radikal* ist - wenn sie sich auch nicht ausschließlich auf dem Boden staatlich reglementierter Legalität bewegt - keine terroristische Vereinigung.

Die Verhaftungen von 4 Personen steht im Zusammenhang mit einem angeblichen Treffen, das Ende 1993 (!) in der Eifel stattgefunden haben soll, an welchem die 4 verhafteten Personen zwecks der Vorbereitung einer Ausgabe der Zeitschrift *radikal* teilgenommen haben sollen. Woher diese angeblichen Ermittlungergebnisse stammen, und warum erst nahezu 2 Jahre später diese gegen die betreffenden Personen verwendet werden, ist uns völlig unklar.

2. Klarstellung: Offenbar stehen die ermittelnden Behörden von politischer Seite derart unter Druck, daß sie jetzt alte und aller Voraussicht nach haltlose Erkenntnisse aus der Schublade ziehen, um einen wie auch immer gearteten Ermittlungerfolg vorzutäuschen.

In Münster waren 5 Privatwohnungen Objekte der Hausdurchsuchungen. Dabei wurden drei Wohnungen derart verwüstet, daß noch heute die Spuren der Staatsgewalt sichtbar sind. Beschuldigt werden 4 Männer, sich an Herstellung und/oder Verbreitung der Zeitschrift *radikal* beteiligt zu haben. In allen Wohnungen wurde weder vor den Räumen nicht-beschuldigter MitbewohnerInnen, noch vor äußerst privaten Dingen wie Tagebüchern, Privatfotos und Briefen halt gemacht. In äußerst entwürdigender Weise durften die BewohnerInnen nicht bei geschlossener Tür zur Toilette gehen, nicht einmal dort ebenfalls wohnende Kinder.

3. Klarstellung: Die Durchsuchungen dienten weniger einem polizeilichen "Fahndungserfolg", sondern der massiven Einschüchterung des politischen Umfeldes und FreundInnenkreises der Beschuldigten, sowie der Verunsicherung ihrer NachbarInnen. Zu diesem Zweck werden die privaten Lebensräume zerstört, NachbarInnen, Arbeitgeber und Vermieter ausgefragt, wichtige Arbeitsmaterialien, die zum Erwerb des Lebensunterhaltes notwendig sind (Computer, Arbeitsunterlagen, Adreßverzeichnisse etc.) beschlagnahmt.

Aussagen der Beamten auf erste Nachfragen der Betroffenen, wie "es ginge um Mord und solche Sachen" (obgleich überhaupt kein Mordvorwurf erhoben wird), und das Bedauern, daß es ihnen Leid täte, was Herr P. seinen MitbewohnerInnen antue, zeigen deutlich, daß versucht wird eine Entsolidarisierung mit den Beschuldigten herbeizuführen. Außerdem deutet die Art und Weise, wie Informationen gesammelt wurden, darauf hin, daß es bei den Durchsuchungen vor allem um ein "Auskundschaften" ohne konkrete Systematik ging, damit bei einem nächsten Erfolgsdruck neue Namen aus den Schubladen der Ermittler gezogen werden können.

Rainer P. wurde von bewaffneten Polizeikräften morgens um 6 Uhr aus dem Bett heraus verhaftet, da er angeblich an dem Treffen in der Eifel vor zwei Jahren dabeigewesen sein soll. Er wurde wenige Stunden später mit einem Einsatzwagen direkt nach Karlsruhe verschleppt, wo der ermittelnde Richter der Bundesanwaltschaft Dr. Bayer sitzt. Seitdem hatte Rainer keinen Außenkontakt - mit Ausnahme eines Telefongesprächs mit seinem Anwalt. Wir wissen, daß Rainer den Bedingungen totaler Isolation unterliegt - mit allen Schikanen, die das sog. 24-Punkte-Programm zuläßt. Am deutlichsten wird diese Isolationsbehandlung vielleicht an der 24-Stunden-Neonbeleuchtung, der er in seiner Zelle ausgesetzt ist. Wir beurteilen diese Isolationshaftbedingungen mit völligem Reizentzug als Folter, die ihn zermürben und zu Aussagen erpressen soll.

4. Klarstellung: Für uns spielt es keine Rolle, ob vor 2 Jahren ein Treffen in der Eifel stattgefunden hat oder nicht, ob es zur Verbreitung, Diskussion oder Herstellung der Zeitschrift *radikal* gedient hat oder auch nicht. Wir finden es in diesem Zusammenhang auch unwichtig ob Rainer daran teilgenommen hat oder nicht. Wir wollen uns keinen Spekulationen hingeben - das machen schon Bundesanwaltschaft und die anderen Ermittlungbehörden zur Genüge.

5. Klarstellung: Wir kennen Rainer als einen sehr verantwortungsbewußten, kritischen und politisch aktiv in seiner Umwelt handelnden Menschen, auf den wir uns immer verlassen können, der uns bis heute in vielen Diskussionen und Aktionen mit seiner Analyse und Kritik begleitet hat. Wir haben volles Vertrauen zu Rainer.
Wir wissen, daß Rainer alles andere als terroristisches Handeln mit seinen politischen Aktivitäten verfolgt hat, ganz gleich was ihm jetzt vorgeworfen werden soll.

Rainer, wie die anderen drei derzeit Inhaftierten, sollen allem Anschein nach stellvertretend für die Redaktion der Zeitschrift *radikal* angeklagt werden, welche wiederum stellvertretend für die Gruppen "Antiimperialistische Zellen" und "KOMITEE" in ihren Strukturen zerschlagen werden soll.
Die Bundesanwaltschaft geht dabei konkret so vor, daß sie in der Öffentlichkeit nach obigen Gruppen fahndet, da sie ihrer aber nicht habhaft werden kann, jene Zeitung *radikal* zum wiederholten Mal kriminalisiert, da sie sich mit der Politik dieser Gruppen auseinandersetzt, hier auch keine aktuell Verantwortlichen kennt und sich deshalb auf Personen bezieht, von denen sie mutmaßt, daß sie an der Verbreitung der Zeitschrift beteiligt sind, bzw. daß sie konkret vor 2 Jahren *eine einzelne* Ausgabe der Zeitschrift vorbereitet hätten. Rainer und die anderen, denen dieser Vorwurf gilt, werden alsbald in der Presse als Verantwortliche für die Politik diverser Gruppen präsentiert. Was diese Vorverurteilung für einen möglichen Gerichtsprozeß bedeutet, ist schon jetzt allen klar. Ähnlich dem Prozeß gegen Benny Härlin und Michael Klöckner (1983/84) sollen diejenigen exemplarisch abgeurteilt werden, denen man habhaft wird - an Stelle derjenigen, denen man etwas nachweisen könnte.

6. Klarstellung: Dieses Vorgehen hat nichts mit Recht - auch nicht im Sinne der juristischen Ordnung dieses Staates - zu tun. Es sind relativ willkürliche Stellvertreterkriege, die die Bundesanwaltschaft führt, um scheinbar "Fahndungserfolge" präsentieren zu können. Wie Kanther bereits formulierte, ist es ein "Warnschlag".

Nach 20jähriger Repression gegen mutmaßliche VerlegerInnen, HerausgeberInnen, SetzerInnen, DruckerInnen, BuchhändlerInnen und WiederverkäuferInnen der Zeitschrift *radikal* werden nun diejenigen angegangen, die die Zeitschrift diskutieren und bald auch diejenigen, die sie lesen.
Wer jetzt nicht "Zensur!" schreit, sollte im Falle einer künftigen stellvertetenden Kriminalisierung der LeserInnen schon einmal vorsorglich den Kopf in den Sand stecken !
Für eine vielfältige und lebendig diskutierte und unzensierte Presse !

Das Kollektiv des UNRAST-Verlags
Willi Bischof, Jörn Essig, Inés Gutschmidt und Martin Schüring

Wir fordern:
- die sofortige Beendigung der unmenschlichen Isolationshaftbedingungen und der Kontaktsperre gegen Rainer und die drei anderen Inhaftierten, Werner, Andreas und Ralf
- die unverzügliche Haftprüfung und die darauffolgende Freilassung der Inhaftierten aus der U-Haft.
- die Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit der Zeitschrift *radikal*, da wir dieses eklatante Denk- und Diskussionsverbot als Verstoß gegen die Pressefreiheit wahrnehmen müssen und nicht hinnehmen können.

Folgende unterstützen die obigen Forderungen: Unrast-Verlag (Münster), Verlag Westfälisches Dampfboot (Münster), Agenda-Verlag (Münster), Edition Nautilus (Hamburg), AGIPA-Press (Bremen), Edition ID-Archiv (Berlin), Harald Kater Verlag (Berlin), Neuer ISP Verlag (Karlsruhe), Giuseppe Zambon (Verleger, FFM), Arnold Bruns Pahl-Rugenstein Verlag (Bonn), Rosta Buchhandlung (Münster), Akzente Buchhandlung Margret Holota (Hamm), Peter Panter Buchladen (Meldorf), Basis Buchhandlung & Antiquariat (München), Buch- und Weinladen (Morbach), Buchladen Le Sabot (Bonn), Der Buchladen GmbH (Saarbrücken), Anares-Nord Buchvertrieb (Sehnde), M99 Bücher & Poster (Berlin), Umweltzentrum (Münster), Infoladen Bankrott (Münster), Büchertischkollektiv Villa Kunterbunt (Münster), Friedensladen (Heidelberg), UWZ-Schnelldruck GmbH (Münster), DruckWerkstatt Hafen GmbH (Münster), Autonomes Frauenhaus Münster, Autonome Frauenforschungsstelle Schwarze Witwe (Münster), Redaktion des Antifaschistischen Taschenkalenders 1996, Redaktion AKAZ (Morbach), Necati Mert (verantwortl. Redakteur DIE BRÜCKE), Kampagne "Mumia Abu Jamal" (Bremen/Wiesbaden/Berlin), Ulrich Pampuch Verlagsvertretungen (Kassel), Ute Nickel Verlagsvertreterin (Berlin), Rita Polm (Autorin, Radio DonnaWettert), Ulrike Behnen (Autorin), Gerald Grüneklee (Autor), Gerhard Kern (Autor), Politisches Magazin "Transparent" (Bürgerradio), Rosa Linse/Bunte Farben (Programmkino), Wolfgang Stickel-Medienwerkstatt Freiburg, Lisa Glahn (Filmemacherin), Guido Blum (Grafiker), Schwarz-Rote-Hilfe Münster, Arbeitskreis Afrika AKAFRIK, Vamos e.V., AG Antirassismus/ Antifaschismus, Antifaschistische Aktion Münsterland, AK Kurdistan, Antifa-Freitagsgruppe (alle Münster), Fachschaft Soziologie (Uni Münster), Undogmatische Linke (Uni Münster), Johannes Langen, Inge Polm, Dina Hamza

Wir unterstützen obige Forderungen, und möchten wie folgt als UnterzeichnerInnen öffentlich genannt werden:

Name	Funktion/Beruf/Betrieb	Ort	Unterschrift

Bitte zurück an: UNRAST-Verlag, Postfach 8020, 48043 Münster, auch telefonisch: 0251/666293, oder Fax 0251- 666120

radikal - Chronologie einer Repressionsgeschichte

1976 wird die Berliner Stadtzeitung *radikal* gegründet - im Untertitel "Sozialistische Zeitung für Westberlin"

1978: Erste Verfahren gegen die *radikal*: Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen zu 875 DM Geldstrafe, wg. Abdruck des Mescalero-Nachrufs im Zusammenhang mit der Buback-Ermordung; andere Verfahren in diesem Zusammenhang mußten eingestellt werden und es erfolgte ein Freispruch

1982: Durchsuchungen von 14 Privatwohnungen, 2 besetzten Häusern, 3 Druckereien, 2 Buchläden und eine Buchvertriebsstelle, 1 Verlag und eine Fotosetzerei in Berlin.

Der Abdruck von Erklärungen der Revolutionären Zellen sollte den Straftatbestand des Werbens für eine terroristische Vereinigung (§129a) erfüllen.

Die *radikal* war zu dieser Zeit "Zeitung für unkonventionelle Bewegungen" das wichtigste Sprachrohr der autonomen, militanten HausbesetzerInnenbewegung in Berlin geworden und hatte als solche eine große überregionale Bedeutung erlangt. Vor allem in ihrer Koordinationsfunktion für die Bewegung sollte die Zeitung durch massive Einschüchterung zerschlagen werden.

1983: Im Juni werden die beiden in der Linken bekannten Journalisten, Schriftsteller, Hausbesetzer und Pressesprecher Benny Härlin und Michael Klöckner verhaftet. Sie werden stellvertetend für die MacherInnen der *radikal* mit dem §129a belegt. Nach einem öffentlichen Proteststurm, der vor allem auch von einer liberalen Öffentlichkeit getragen wurde, wurde beiden gegen 30.000 DM Kaution nach zwei Monaten Isolationshaft Haftverschonung gewährt. (Soviel zum Thema Bedeutung öffentlichen Protests.)

1984: Am 1.März werden Benny Härlin und Michael Klöckner zu je zweieinhalb Jahren Knast verurteilt. Klöckner weil er redaktionell mitgearbeitet und das Konto geführt haben soll, Härlin, weil er in einer früheren Nummer als ViSdP zeichnete. Beweise für ihre aktuelle Verantwortlichkeit lagen dem Richter Pahlhoff nicht vor. Im Mai werden beide auf der Liste der GRÜNEN ins Europaparlament nach Straßburg gewählt und ihre Immunität als Abgeordnete wird bestätigt, wodurch sie zunächst um den Knast herumkommen.

Bereits im April wurde das Konto der *radikal* gesperrt und beschlagnahmt, das Postfach überwacht und eine Person festgenommen, als sie das Postfach leeren wollte. Hiernach stellt die TAZ ihre Adresse für die *radikal* zur Verfügung, damit diese weiter postalisch erreichbar bleibt.

Im Mai werden die Räume der TAZ vom Staatsschutz durchwühlt und alle eingegangenen Briefe für die *radikal* werden beschlagnahmt. Wenige Tage später stellt die *radikal* ihr Erscheinen mit der Nummer 126/127 ein, die Redaktion erklärt unter diesen Bedingungen nicht weiterarbeiten zu können.

Herbst 1984: Die *radikal* erscheint erstmals aus dem "Untergrund". In der Nummer 128 schreibt die Redaktion, daß die Zeitung ab jetzt nur noch versteckt geschrieben und produziert werden kann.

Der mit der Einstellungsverkündung der *radikal* schon verbuchte Zensurerfolg zerrinnt für die Staatsschützer in Sekundenschnelle ... die Repression gegen die nun "versteckten" Strukturen der *radikal* geht intensiv weiter. Da man nun nicht mehr der Redaktion habhaft werden kann, die mutmaßlich in Holland verweilt, konzentrieren sich die Ermittlungen auf die Verkaufsstellen und die HandverkäuferInnen in der BRD.

1986/87: In zwei großangelegten Durchsuchungswellen werden insgesamt über 100 Buchhandlungen, Infoläden, Zentren, Privatwohnungen durchsucht.

Gegen 164 Buchhändler und 28 HandverkäuferInnen wird ermittelt. Gegen 38 wird Anklage erhoben, 12 davon erfahren eine Verhandlung, von denen wiederun 7 freigesprochen werden müssen und 5 Bewährungsstrafen erhalten.

Hier wird die neue Stoßrichtung deutlich, die der § 129a ermöglicht: die massive Einschüchterung, die gar nicht einmal die konkrete Verhandlung zum Ziel hat, sondern als Zensurmaßnahme Angst erzeugen soll. 192 als "Terrorismuswerber" diffamierte Personen stehen in keinem Verhältnis zu 5 recht geringen Bewährungsstrafen (Höchststrafe 10 Monate auf Bewährung).

Die Ermittlungen gegen die weiter in unregelmäßigen Abständen erscheinende *radikal* laufen zwar weiter, führen allerdings zu keinen weiteren Aktionen seitens der Staatsanwaltschaft.

1989: In der Edition ID-Archiv wird ein Interview mit der aktuellen Redaktionsgruppe der *radikal* als Broschüre herausgegeben. Die Herausgeber betonen den Stellenwert des Interviews für die Diskussionen innerhalb der Linken, gerade weil die *radikal* nicht immer ungeteilte Akzeptanz fände.

Diese Broschüre - die selbst nicht inkriminiert wird - ist Anlaß zu abstrusen Mutmaßungen der Staatsanwaltschaften. Es wird eine Beziehung, ja sogar eine Identität der Herausgeber des Interviews und der Redaktion der *radikal* konstruiert. Ziel ist die Durchsuchung der Verlagsräume und der Aurora-Verlagsauslieferung in Berlin, sowie der Siegener Druckerei, und damit die konkrete Behinderung der Arbeit dieser Projekte. Beschlagnahmt werden Geschäftsunterlagen, die im Zusammenhang mit der Herausgabe des Interviews als Broschüre stehen. Auch hier der Versuch eizuschüchtern und wahllos Informationen zu sammeln. Ein juristisches Nachspiel fand nicht statt.

1995: Die großangelegte Durchsuchung von ca. 80 Wohnungen im gesamten Bundesgebiet vom Dienstag, den 13. Juni,, die schon zwei Tage später als riesiger Fahndungserfolg gegen die linksterroristische Szene in der Presse verkündet wurde, führte zu vier Haftbefehlen gegen Menschen, denen die redaktionelle Vorbereitung der *radikal* Ausgabe 148 unterstellt wird. Angeblich hätten sich die vier im Dezember 1993 (!!) zu diesem Zweck in der Eifel getroffen.

trotz euerer Kritik stehen wir dazu die Seite nicht zu veröffentlichen. Ihr kritisiert darin mutmaßliche Fehler, die bei dem Versuch den Knast zu sprengen, laut Zeitungsberichten gemacht wurden. Uns ist nicht klar, welche Funktion eure Kritik zum jetzigen Zeitpunkt haben könnte, vor allem da das, was ihr schreibt über die Informationen aus der Presse nicht hinausgeht. I.

Zähne zeigt, wer's Maul aufmacht!

An die Interim-Redaktion, die den Text" **K.O.M.I.T.E.E., RADIKAL, AIZ. Zur Situation in Berlin seit dem 11.April 95:**" (Nr.337) fast um die Hälfte zensiert hat.
Ehrlich gesagt, waren wir baff erstaunt, unseren Text so verkürzt abgedruckt zu finden. Ihr begründet eure Zensur damit, (wie wir in unserem Text selber einräumen) daß eine Einschätzung der geplatzten Aktion gegen den Abschiebeknast Grünau, allein auf Presse- und Bulleninformationen gestützt, sich auf schwammigem Boden bewege. Ihr bezeichnet eine solche Einschätzung als Spekulation und erklärt sie für unangebracht, da sich die Gesuchten bislang nicht zur Sache geäußert haben.
Wir können uns dem nicht so einfach anschließen.
Trotz der Tatsache, daß es kein Papier von den drei Männern gibt, die von den Bullen mit der Aktion in Verbindung gebracht werden, hielten wir es für möglich einige Dinge einzuschätzen.
Gründe dafür gibt es mehrere: Ganz grundsätzlich sind Einschätzungen in unseren Augen legitim, wenn aus den Texten klar hervorgeht, auf welchen Infostand sie sich stützen. Unseren Infostand haben wir durchaus präzise dargelegt. Außerdem scheinen wir ein anderes Verhältnis zu Presseinformationen zu haben, als ihr, da diese für uns nicht immer von vorneherein erstunken und erlogen sind, also eine legitime Grundlage einer Einschätzung sein kann.
Es ist in der Linken durchaus nicht üblich, daß sich Gruppen und von Repression Betroffene zu allen Aktionen erklärend äußern, mit denen sie in Zusammenhang gebracht werden. Deshalb gehen wir nicht wie ihr davon aus, daß wir nur eine angemessene Zeit abwarten müssen, bis entsprechende Leute sich melden und Infos aus erster Hand kommen.
In unserem Fall wurde der angemessene Zeitraum auch schon abgewartet. Der 11. April liegt jetzt so gut wie drei Monate zurück und wenn es in den Augen der Betroffenen eine dringende Notwendigkeit gegeben hätte, sich sofort zu den Infos, die in der Presse veröffentlicht wurden, zu äußern, wäre das sicherlich kurz geschehen. Wir warten also nicht mehr darauf, daß sie sich melden und sagen, die Informationen bezüglich Autofund und belastendem Inhalt der Autos seien von den Pigs frei erfunden.
Oftmals erlaubt die eigene Situation den Gruppen und von Repression Betroffenen auch gar nicht, allzuviel klarzustellen, ohne daß den Bullen nicht auch was klar wird.
Trotzdem sind immer wieder linke Aktionen von solidarischen Männern und Frauen eingeschätzt, beurteilt und kritisiert worden. Gerade was die Aktionsdurchführung anbelangte, oftmals nur aufgrund von Presseinformationen, die über die Bullen kamen. Für den Fall, daß da einer Gruppe zu Unrecht Fehler und Nachlässigkeit unterstellt wurden, hätte sie sich jederzeit zu Wort melden und das von sich aus richtigstellen können. Das gleiche gilt für die Gesuchten, bzw. für das K.O.M.I.T.E.E..
Ihr bezeichnet unsere zensierten Seiten als Spekulation. Wir beziehen uns darin auf Spekulationen, die wir von verschiedensten Ecken hören, zum Beispiel, daß das ganze eine von Spitzeln unterwanderte Angelegenheit sein müsse. Wir begegnen dieser Vermutung mit einigen Überlegungen. Da in unseren Kreisen sowieso über die Aktion und über die Zeitungsmeldungen geredet und nachgedacht wird, finden wir es falsch, dies nicht auch öffentlich zu tun, solange dabei gewährleistet bleibt, daß keiner Person

geschadet wird. Letzteres ist in unserem Text nicht der Fall. Unter Umständen bekommen die Gesuchten überhaupt erst durch solch einen Text mit, was zu der ganzen Geschichte gedacht wird und werden so auf die Notwendigkeit sich einzumischen, aufmerksam gemacht.
Alles in allem fanden wir eure Zensur eine recht ängstliche Angelegenheit und hoffen, daß das nicht in Zukunft so weitergehandhabt wird, wenn es Texte von Außenstehenden in dieser Sache gibt.
Veröffentlicht bitte diese Kritik zusammen mit dem unzensierten Text.
Ganz grundsätzlich sehen wir Zensur nur in einem tatsächlich schadensvermeidenden Zusammenhang gerechtfertigt. Wo in unserem Text irgendeine Schädigung einer Person zu vermuten gewesen wäre, müßtet ihr uns ausführlicher darlegen, als ihr es getan habt.

S.O.L.I.K.O.M.I.T.E.E.

Berlin,2.Juli, 1995

KOMMT ALLE ZUM PROZESS GEGEN BENJAMIN RAMOS VEGA !

Am 12.7. findet um 13.30 Uhr vor dem Amtsgericht Tiergarten (Turmstr.) im Raum 671 die erste öffentliche Verhandlung gegen Benjamin Ramos Vega wegen "Urkundenfälschung" statt.
Bei seiner Festnahme am 28.1.95 in Berlin hatte er eine BVG-Monatskarte mit falschem Namen bei sich. Die Bullen konstruieren daraus, daß er um die Karte zu kaufen einen falschen Paß gehabt haben muß, den sie aber nie gefunden haben. Möglicherweise bleibt diese Verhandlung die einzige gegen Benjamin, d.h. es ist vielleicht die einzige Möglichkeit, ihn zu sehen.
Der spanische Staat wirft Benjamin, der bis zu seiner Flucht im April 94 in Barcelona lebte, "Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Bande(ETA)", "Lagerung von Kriegswaffen" und "Sprengstoffbesitz" vor. Es läuft bereits seit April ein Auslieferungsverfahren des spanischen Staates vor dem Kammergericht Berlin. In diesem Verfahren fand im April eine Anhörung statt, bei der die Verteidigung umfangreiches Material zur Verletzung der Menschenrechte im spanischen Staat (Folter/Haftbedingungen) vorgelegt hat. Auch die Anschuldigungen gegen Benjamin beruhen auf Aussagen eines angeblichen ETA-Angehörigen, die er nach seiner Festnahme unter der Folter gemacht hat. Das Kammergericht sah sich gezwungen, beim Auswärtigen Amt eine Stellungnahme über die Situation der Menschenrechte im spanischen Staat anzufordern. Das Verfahren wird nicht weitergeführt, bis die Stellungnahme vorliegt.
Neben dem eigentlichen Auslieferungsverfahren und dem Verfahren wegen "Urkundenfälschung" gibt es noch ein drittes: Benjamin hat einen Asylantrag gestellt, der nocht nicht entschieden wurde.

TERMINE:

Prozess gegen Benjamin Ramos Vega
12.7., 13.30 Uhr, Amtsgericht Tiergarten, Raum 671
Kommt alle !



! KAMPF DER KLASSENJUSTITZ
! ZERSCHLAGT DEN RASSISTISCHEN POLIZEIAPPARAT

Am 13. 7. steht unser sudanesischer Genosse vor Gericht.
Er wird (im Zusammenhang mit der Demo gegen die 'Wiedervereinigung' am 3. 10 '94) des Widerstandes gegen die Staatsgewalt, der Beamtenbeleidigung und Körperverletzung bezichtigt.
Zeigt Solidarität, kommt massenhaft zum Prozeß!

! Am 13. 7. 95 um 9 Uhr 45, im Kriminalgericht Moabit, Raum 157

Brief von VS-Spitzel Klaus Steinmetz

Nachfolgender Brief erreichte mich am 23.4.95 in doppeltem Umschlag, außen adressiert an die Info-AG im Infoladen Wiesbaden. Ich gehe davon aus, daß Klaus Steinmetz den Brief schrieb. Er ist nicht namentlich unterschrieben, die Schrift ist möglicherweise verstellt, - ob er ihn alleine schrieb oder in Zusammenarbeit mit dem VS sei dahingestellt -, der Schreibstil und die vermesssene, unverfrorene Art, sich auf eine "gemeinsame" Vergangenheit zu beziehen und gar noch Ratschläge für die Zukunft geben zu wollen, einhergehend mit der konsequenten Sprachlosigkeit bezüglich seiner Rolle und Tätigkeiten entspricht den kurz nach Bad Kleinen und im Info der Recherchegruppe Wiesbaden * veröffentlichten Briefen.

Die Art und Weise, in der Klaus Steinmetz versucht, in den ersten Zeilen eine Vertrautheit und Gemeinsamkeit herzustellen, entspricht der Struktur unseres ehemaligen Verhältnisses. Gemeinsamkeit bedeutete für Klaus Steinmetz, seine Positionen und Erkenntnisse durch andere zu beziehen und schließlich von "gemeinsamer" Entwicklung zu sprechen. Unter Vorspiegelung eines "Wir-Gefühls" und gleichzeitigem Apell an mein Mitgefühl versuchte er damals -bis kurz nach Bad Kleinen erfolgreich- und noch heute als "einsames Opfer" seine Verantwortung abzugeben.

Was sich in den ersten Tagen nach Bad Kleinen (Zitat) "zwischen uns" abspielte waren seine Anrufe auf meiner Arbeitsstelle (siehe Info Broschüre aus Wiesbaden), bei denen ich ihn noch als einen Genossen behandelte, der aufgrund der Ereignisse völlig durchgedreht sei. Dies war mein letzter Kontakt zu Klaus Steinmetz.

Seine Andeutung zur Stadt Prag, Berlin und einem "Tanz in den Mai" können vielfältig interpretiert werden. Ich selbst kann sie in keinerlei Verbindung zu gemeinsamen Erlebnissen bringen.

Der Brief ist der unverschämte Versuch an ein Verhältnis anzuknüpfen, welches unwiderruflich beendet ist und in dem es keine Verständigungsebene mehr gibt oder je geben kann. Klaus Steinmetz ist ein Verfassungsschutzspitzel und hat GenossInnen der RAF und Andere bewußt dem Staatsschutz ausgeliefert. Wenn er heute glauben sollte, mit mir reden zu können, ist das zwar kaum zu fassen, doch die Fortsetzung seiner Strategie, uns verarschen zu wollen. Er scheint zu glauben, daß seine 9 jährige Spitzeltätigkeit und deren Gründe, ungeachtet ihrer Auswirkungen mit ihm zu besprechen sei, und mensch sich nur mal "in ihn hineinversetzen müßte".

Im Weiteren erdreistet er sich gar, eine Gemeinsamkeit mit der Info-AG zum Prozeß von Birgit Hogefeld herzustellen, deren Existenz ausschließlich auf Steinmetz' Arbeit zurückzuführen ist: (Zitat)"...so kommen wir doch weiter voran.".

Dieser Brief kann sowohl als Bullenstrategie zu meiner Verunsicherung und /oder Verleumdung oder auch als plumper Anbiederungsversuch des scheinbar "sich allein fühlenden" Bullenspitzels einzuordnen sein.

Ich habe mit einigen FreundInnen über den Brief gesprochen. Wir finden, daß dieser Versuch, alte Kontakte wieder aufzunehmen, allen bekannt sein sollte. Diese zynische und wahnsinnig anmutende Annahme macht diejenigen, die mit ihm zu tun hatten, zu möglichen Zielen seiner Annäherungsversuche, vor denen diese Veröffentlichung warnen soll. Wir fordern diejenigen, die ähnliche Post von ihm erhalten oder schon erhalten haben, auf, dies ebenfalls bekanntzugeben.

Der Brief wurde in Berlin abgeschickt, d.h. daß sich Klaus Steinmetz möglicherweise in Deutschland aufhält. Deshalb veröffentlichen wir nochmals einige Photos von ihm.

Wir fordern hiermit den Verfassungsschutz auf, Belästigungen dieser Art durch seine Mitarbeiter zukünftig zu unterbinden.

Wiesbaden, den 26.4.1995

* Recherche-Broschüre zu bestellen bei:
Recherche-Gruppe c/o Infoladen Wiesbaden, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden

Der Verfassungsschutzspitzel Klaus Steinmetz läßt von sich hören

Sicher nicht nach Wiesbaden wolle er zurück, schrieb Klaus Steinmetz in einem Brief, den jetzt eine ehemalige Freundin des Verfassungsschutzspitzels erhalten hat. Damit meldete sich Steinmetz seit langer Zeit wieder zu Wort. Der Brief wird von MitarbeiterInnen der ehemaligen »Recherche-Gruppe zum V-Mann Steinmetz« als authentisch eingeschätzt. »Der hat dieselbe Bauart wie die früheren Briefe und wird entsprechend aus der gleichen VS-Werkstatt stammen«, schätzt einer der Mitarbeiter das Schreiben, das der *jungen Welt* vorliegt, ein.

In keinem Wort äußert sich der VS-Spitzel dort zu seiner Rolle und seine Tätigkeiten für den Geheimdienst. Dagegen versucht er, so auch die Meinung der Adressatin, sich auf »vermessene, unverfrorene Art auf eine »gemeinsame« Vergangenheit« zu beziehen. »Ein unverschämter Versuch, an ein Verhältnis anzuknüpfen, in dem es keine Verständigungsebene mehr gibt« bewertet sie den Brief. »Eine ehrliche und konstruktive Politik mit einem angemessenen Maß an Mißtrauen, auch in den eigenen Reihen« zu machen«, wünscht Steinmetz zynischerweise der Wiesbadener Linken mit positivem Bezug auf die »Info-AG zum Prozeß von Birgit Hogefeld«. Und weiter: »Ich halte Solidarität und auch Vergangenheitsarbeit, Wahrheitsfindung etc. für sehr wichtig.« Die Existenz der »Info-AG« ist ausschließlich auf die Arbeit von Steinmetz zurückzuführen. Durch seine Tätigkeiten beim Geheimdienst wurde am 27.Juni 1993 in Bad Kleinen Wolfgang Grams getötet und Birgit Hogefeld verhaftet. Die beiden RAF-Mitglieder hatten sich mit dem Spitzel getroffen. Seither ist Steinmetz »verschwunden«. Über sein »Abtauchen« hatte er später in Briefen widersprüchliche Aussagen gemacht. Mit Bezug auf eine Erklärung der Bundesanwaltschaft, nach der Steinmetz erreichbar sei, fordern die AnwältInnen Hogefelds im Frankfurter Prozeß, ihn als Zeugen zu laden. Bisher aber wurde diese Forderung verworfen, Polizei und Verfassungsschutz, so wird argumentiert, hätten »keine ladungsfähige Adresse.

Der Brief wurde in Berlin abgeschickt. Steinmetz erwähnt die Stadt auch im Zusammenhang mit einer Fahrraddemonstration zum Klimagipfel, die er »erlebt« habe. Zudem endet sein Schreiben mit den Worten »Prag ist wunderschön im Frühling, Berlin auch«. Aufgrund dieser Indizien darauf zu schließen, der Spitzel halte sich in Berlin auf, hält ein Mitarbeiter der »Recherche-Gruppe« jedoch für gewagt. »Der Verfassungsschutz ist europaweit mobil.«

Wolf-Dieter Vogel



Zur aktuellen Entwicklung im Fall von Mumia Abu Jamal

Für den 12. Juli hat Richter Albert Sabo eine Anhörung über die Anträge von Mumias Anwälten auf Aussetzung des Hinrichtungsbefehls und seine Befangenheit angeordnet. Die Anhörung wird im sog. Court of Common Pleas in Philadelphia stattfinden. Sie ist öffentlich und Mumia wird höchstwahrscheinlich im Gerichtssaal anwesend sein. Die Anwälte befürchten, daß Richter Sabo beide Anträge ablehnen wird d.h., daß es beim Hinrichtungstermin am 17. August bleiben und Richter Sabo sich nicht für befangen erklären wird. Bei einer negativen Entscheidung gehen Mumias Anwälte sofort in Berufung – zuerst vor das Pennsylvania Supreme Court, d.h. den Obersten Gerichtshof des Bundesstaates, und in nächster Instanz vor das First Circuit Federal Court, das zuständige Bundesgericht, das sich auch in Philadelphia befindet. Allgemeine Erfahrungen sind, daß wahrscheinlich erst das Bundesgericht die Aussetzung der Hinrichtung anordnen wird und eventuell auch Richter Sabo als befangen erklären würde. Außerdem gibt es die Vermutung, daß Sabo bei der Anhörung am 12. Juli versuchen wird, alle drei Anwälte mit dem formalen Argument aus dem Verfahren rauszuschmeißen, daß sie aus New York und Chicago kommen und nicht in Pennsylvania zugelassen sind.
Das Fazit aus diesen etwas komplizierten und unberechenbaren juristischen Schritten ist, daß eine Entscheidung zur Aussetzung von Mumias Hinrichtung wahrscheinlich zeitlich sehr dicht am 17. August oder vielleicht auch erst am 17. August selber fallen wird. Mehr als einmal sind solche Entscheidungen erst getroffen worden, wenn ein Todesstrafengefangener schon in der Hinrichtungszelle war. Deshalb ist es ausgesprochen wichtig, den Druck vor allem auf den Gouverneur weiter zu erhöhen.

In den USA mobilisieren Mumias UnterstützerInnen jetzt massiv auf den 12. Juli hin. Es soll versucht werden, zur Anhörung eine internationale BeobachterInnendelegation – u.a. mit bekannter Persönlichkeiten aus der BRD – zu schicken und insgesamt soviel Spektakel wie möglich um das Gerichtsgebäude herum zu machen.

Mumia Abu-Jamal

... fighting for his life on death row in Pennsylvania since 1982

INFOZENTRALE:
PDS Kreuzberg, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin,
Tel: 030/694 93 54, Fax: 030/694 92 54

Zur aktuellen Situation von Mumia Abu Jamal

FREILASSUNG VON MUMIA ABU-JAMAL!

Am 17.8. soll der schwarze Gefangene Mumia Abu-Jamal von der rassistischen US-Justiz ermordet werden. Der Gouverneur von Pennsylvania, Tom Ridge, hat den Mordbefehl am 1.6. unterschrieben.
Mumia Abu-Jamal ist 1982 in einem inszenierten Schauprozeß mit manipulierten Beweisen wegen angeblichem Polizistenmord zum Tode verurteilt worden. Damit wollten und wollen sich die Herrschenden eines Menschen entledigen, der gegen Rassismus, Bullenwillkür und Unterdrückung lange Zeit seines Lebens gekämpft hat und durch seine journalistische Arbeit einen gewissen Bekanntheitsgrad erlangt hatte.
Um den geplanten Mord zu verhindern, ist eine Menge an internationalem Druck auf allen Ebenen notwendig.
Mit dem Willen, diesen Druck mitaufzubauen, haben wir am 2.7.1995 bei der US-Firma United Parcel Service in der Industriestr. in Berlin-Tempelhof zwei Brandsätze unter die dort stehenden LKWs abgelegt.
Mit dieser Aktion setzten wir die UPS-Werbung direkt um ("...als ob Sie es selbst hinbringen") und hoffen, daß unsere Brandsätze die wir branchengerecht in Paketform gebracht haben, möglichst hohen Sachschaden angerichtet haben.

Todesstrafe abschaffen - Mumia Abu-Jamal freilassen!
Kämperische Grüße an Peter, Bernd und Thomas!
Freiheit für Werner, Reiner, Andreas und Ralf!

Autonomer Paket Service

FÜR DAS LEBEN VON MUMIA ABU JAMAL

haben wir am 3. Juli 1995 bei 7 Filialen der us-amerikanischen Citibank in der Leipziger Straße, Turmstraße, Müllerstraße, Residenzstraße, Schönhauser Allee, Frankfurter Allee und am Tempelhofer Damm Parolen gesprüht, Fenster zerstört, Schlösser zugeklebt und Geldautomaten beschädigt.
Am 17. August soll der schwarze Journalist und politische Gefangene Mumia Abu Jamal von der us-amerikanischen Justiz liquidiert werden. Die Verantwortung dafür tragen die regierenden Politiker des Bundesstaates Pennsylvania und die breite reaktionäre Front von Rassisten und Befürwortern der Todesstrafe. Der Hinrichtungsbefehl begründet sich auf ein manipuliertes Gerichtsverfahren und Todesurteil mit rassistischem Hintergrund aus dem Jahre 1982. Angeblich soll er einen Polizisten erschossen haben.
Wir wollen dem politischen Mord an Mumia nicht tatenlos entgegensehen und mit unseren Aktionen Öffentlichkeit schaffen.
Wir fordern einen neuen fairen Prozeß und nach über 12 Jahren Todeszelle die sofortige Freilassung von Mumia!
Wir fordern die Abschaffung der Todesstrafe in den USA und politisches Asyl für Mumia in der BRD!
Solidarität ist eine Waffe!
autonome gruppen und frauen/lesben-gruppen "Für das Leben von Mumia Abu Jamal"

Freiheit für Mumia Abu-Jamal



Die Vollstreckung der Todesstrafe ist anberaumt: ler Journalist Mumia Abu-Jamal soll am 17. August 1995 um 22 Uhr hingerichtet werden.

Der schwarze amerikanische Journalist, Mumia Abu-Jamal, sitzt seit über 13 Jahren im Gefängnis in den USA. Er ist wegen angeblichen Polizistenmordes zum Tode verurteilt worden. Der Gouverneur des US-Bundesstaates Pennsylvania, Tom Ridge, hat sein Wahlkampfversprechen gehalten: Er will zukünftig Todesurteile vermehrt aussprechen und schneller durchführen lassen. Kurz nachdem der Gouverneur sein Amt antrat, wurde Mumia Abu-Jamal von Platz 101 zum Platz 2 der Todesliste vorgeschoben. Mitte Juni wurde der Hinrichtungsbefehl unterschrieben; er soll am 17. August 1995 um 22 Uhr hingerichtet werden. Die Unterschrift zur Vollstreckung des Todesurteils leistete der Gouverneur einen Tag bevor der Anwalt Mumia Abu-Jamals eine weitere Revision einreichen wollte. Als Teil der internationalen Kampagne für das Leben Mumia Abu-Jamals, ruft die Antifaschistische Aktion/ Bundesweite Organisation zu einer Bündnisdemonstration am 22. Juli 1995 in Berlin auf.

Journalismus als Waffe

Mumia Abu-Jamal ist ein international bekannter Journalist, ehemaliger Präsident der *Vereinigung schwarzer Journalisten* in Philadelphia und zum Aufstiegskandidaten für das Jahr 1981 von Philadelphia's größter Tageszeitung ernannt worden.

Seine politische Karriere begann in den späten 60er Jahren. Er war Gründungsmitglied und Sprecher der Black Panther Party in Philadelphia. Die Black Panther Party war eine militante schwarze Organisation, die zu dieser Zeit revolutionäre Inhalte in die US-amerikanische Gesellschaft hineintrug. 1994 schrieb Mumia: *„Die Kontrolle der Medien ist in den USA ein entscheidender Faktor der Machterhaltung. Bei der Panther Zeitung lernte ich, als Journalist aus einer revolutionären Perspektive zu schreiben. Seitdem sind Worte für mich zur Waffe geworden."*

Schon damals war er Ziel staatlicher Repression. Er war einer der Black Panther Party Mitglieder gegen die das Aufstandsbekämpfungsprogramm COINTELPRO (Counter Intellegence Program) des FBI und des örtlichen Staatsschutzes eingerichtet wurde. Dieses Programm diente der Zerschlagugng vor allem revolutionärer schwarzer und puertoricanischer Organisationen mittels der Einschleusung von Spitzeln und Sabotage. Neben internen Auseinandersetzungen war COINTELPRO für die Zerschlagung der Black Panther Party Mitte der 70er Jahre verantwortlich.

Als Journalist ist Mumia weit über Philadelphia hinaus bekannt geworden. Als Reporter für das „National Public Radio" (einem überregionalen öffentlichen Radiosender) ist es ihm gelungen, eine breitere Öffentlichkeit für verschiedene schwarze politische und kulturelle Projekte und Gruppen zu gewinnen.

Staatliche Repression

Mumia Abu-Jamal war jahrelang Objekt einer Hetzkampagne wegen seiner Unterstützung militanten Widerstandes und seines Engagements, um Sympathie für die schwarze Organisation MOVE in der Bevölkerung zu erlangen.

Eine Wohngemeinschaft von MOVE wurde 1978 unter der Führung Bürgermeisters Frank Rizzo von der Polizei belagert und angegriffen. Später, im Jahre 1985, wurde das gleiche Haus von FBI und Polizei in einer militärischen Polizeiaktion zerbombt. Dabei wurden elf MOVE Mitglieder, darunter fünf Kinder, ermordet.

Mumia Abu-Jamal war einer der wenigen Journalisten, die nicht einfach den Polizeireport abschrieben hatte. Er veröffentlichte Interviews mit MOVE-Mitgliedern und kritisierte die Polizeiaktion auf's Schärfste. Bürgermeister Rizzo gab den Medien Schuld am Tod des Polizisten, der während der Aktion ums Leben kam und schwor öffentlich Rache. Den Medien drohte er: *„Eines Tages, und ich hoffe während meiner Amtszeit, werdet ihr zur Verantwortung und zur Rechenschaft gezogen werden müssen für das, was ihr tut."* Er beschrieb Abu-Jamal als eine *„neue Ausgeburt des Journalismus, die um jeden Preis vernichtet werden muß."*

Der Fall Mumia Abu-Jamal

Drei Jahre später bot sich die Gelegenheit diese Drohung wahrzumachen. Mumia Abu-Jamal wurde im Dezember 1981 wegen angeblichen Polizistenmordes verhaftet.

Mumia Abu-Jamal wollte seinem Bruder zur Hilfe kommen, der von Polizisten zusammengeschlagen worden war. Dabei wurde Mumia in die Brust geschossen und schwer verletzt. Später wurde er neben einem toten Polizisten gefunden.

Trotz Aussagen von Augenzeugen, die jemand anderen gesehen hatten, wurde Mumia wegen Mordes angeklagt.

Von Anfang an war der Prozeß rassistisch gefärbt. Bis auf eine Ausnahme wurden alle Schwarzen von der Geschworenenbank ausgeschlossen. Der Prozeß wurde



DEMONSTRATION

schnell durchgezogen, ohne dem Angeklagten genügend Zeit zur Vorbereitung seines Prozesses zu lassen. Wichtige Beweismittel wurden unterschlagen und entscheidende Informationen, wie die Adressen von Augenzeugen, vorenhalten.

Zentraler Punkt in der Begründung des Todesurteils war Mumia's politischer Hintergrund. Seine Mitgliedschaft in der Black Panther Party sollte zeigen, daß er *„schon immer ein potentieller Cop-Killer gewesen sei, der nur auf eine günstige Gelegenheit gewartet habe."* (Zitat aus dem Prozeß). Seine Zeugen, wie die berühmte Schriftstellerin und Professorin Sonia Sanchez, wurden als Freunde von Polizistenmördern (ein Bezug auf den Angeklagten selbst!) diffamiert.

Am Ende dieses Schnellverfahrens, wurde Mumia von Richter Sabo, genannt „der Henker von Philadelphia", weil er bereits damals 31 Leute, darunter 29 Schwarze, zum Tode verurteilt hatte, in den Tod geschickt.

Lebendig begraben bis zum Tod

Seit über 13 Jahren kämpft Mumia Abu-Jamal für sein Leben und gegen Ausbeutung von seiner Todeszelle aus. Trotz extremen Knastbedinungen ist er weiterhin als Reprorter aktiv und veröffentlicht regelmäßig international erscheinende Zeitungsartikel.

Diese politische Arbeit durchzuführen ist in den letzten Monaten schwerer geworden, seit der Druck konservativer Kreise in den Vereinigten Staaten, ihn hinzurichten, zugenommen hat. Die Serie von Beiträgen, die er im „National Public Radio" letztes Jahr hätte senden sollen, wurden wegen Drucks der „law and order" Politiker – vor allem der Polizeigewerkschaft – gekippt.

In Januar 1995 wurde Mumia mit anderen „death row"-Gefangenen in ein neues Hochsicherheitsgefängnis, SCI Greene Supermax, gebracht. Dort sitzen alle 171 zum Tode verurteilten Gefangenen in Pennsylvania. Die meisten sind farbig und kommen aus Philadelphia. Das Gefängnis befindet sich 9 Stunden von Philadelphia entfernt, in einer Gegend, die für ihren Rassismus und große Klu Klux Klan-Präsenz bekannt ist.

Die Bedingungen haben sich mit dem Umzug verschlechtert. Er sitzt weiterhin in Isolationshaft, aber ohne die „Privilegien" wie ein Radio und seine Bücher, die er zuvor durchgesetzt hatte. Er hat eine Stunde 4 oder 5 Tage der Woche Hofgang und sonst keinen Kontakt mit anderen Gefangenen. Während der Besuche, beschränkt auf 2 Stunden in der Woche, sitzt er hinter Panzerglas im Handschellen, die mit einem Metallgürtel an der Taille gefesselt sind.

Nicht der Einzige

Mumia ist einer der 3100 zum Tode verurteilten Gefangenen in den USA. Die meisten davon sind farbig und verarmt. Es gibt in den USA mehr schwarze Jugendliche in Gefängnissen als in Hochschulen – eine Folge der rassistischen Politik, die Schwarz-sein mit Kriminalität gleichsetzt.

„Law and order" Politiker ernten immer mehr Erfolg wie z.B. an den Wahlen im November 1994 zu sehen ist. Als Teil der während des Wahlkampfes von Clinton angeleierten Krimalitätsgesetzes werden 60 weitere Verbrechen definiert, die ein Todesurteil nach sich ziehen können. Über 30 Milliarden Dollar sollen für Hochsicherheitsgefängnisse und 100.000 neue Polizisten ausgegeben werden. Mehrere Bundesstaaten, wie New York, haben die Todesstrafe wieder eingeführt und Skandale, wie die 1994 in Louisiana, sind regelmäßig in den Nachrichten zu sehen. In diesem Südstaat wurden Gefangene in gestreiften, numerierten Uniformen gesteckt, sie mußten in „chain-gangs" (aneinander gefesselt) arbeiten, eine drakonische Strafe, die an die Sklaverei erinnert.

In Wirtschaftskrisen im Kapitalismus wird eine Reservearmee von Arbeitskräften, die Farbige in den USA darstellen, nicht gebraucht. Wenn Arbeitslose nicht mal mehr als Konsumenten des kapitalistischen Systems dienen können, werden sie kurzerhand als überflüssig erklärt.

Immer wieder wurden politische Gegner gesetzlich legal vernichtet. Die Hinrichtungen von Sacco und Vanzetti (1927) oder Ethel und Joseph Rosenberg (1953) zeigen, daß die politischen Intressen der weißen herrschenden Klasse rücksichlos – innen- wie außenpolitisch – durchgesetzt werden.

Aktueller Stand

Ein neuer Prozeß *könnte* mit einem Freispruch enden, aber wie Mumia Abu-Jamal's Anwalt Len Weinglass erklärte, hängt dies entscheidend vom Richer ab. Ein erneuerter Prozeß heißt nicht, daß der Rassismus und das politische Intresse, die „Stimme der Entrechteten" – wie Mumia Abu-Jamal oftmals genannt wird – zu knebeln, sich erübrigen. Deshalb fordern wir: Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Die Demonstration am 22. Juli 1995 in Berlin ist Teil einer internationalen Kampagne zur Rettung des Lebens von Mumia Abu-Jamal. Breite Kreise unterstützen die Kampagne überall in der Welt. In Deutschland wird die Kampagne von zum Teil bürgerlichen Partein und Gewerkschaften unterstützt. Mumia wurde beispielsweise zum Ehrenmitglied des IG Medien Berlin/Brandenburg ernannt.

Prominente wie Whoopie Goldberg, Harry Bellafonte, und Alice Walker haben sich engagiert. Die ANC (African National Congress), Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und antirassistische und antifaschistische Gruppen fordern die Freiheit für Mumia. Über 50 politische Gefangene aus 11 Ländern beteiligen sich an der „Vereinigung politischer Gefangener – Rettet Mumia! Kunst und Literatur gegen die Todesstrafe."

Wir unterstützen die Initiative, Asyl für Mumia in der BRD zu beantragen. Sie wurde von der PDS und grünen Abgeordeten im Bundestag eingebracht.

Schreibt Gouvernour Ridge und fordert die Freilassung von Mumia!

Govenor Thomas Ridge
Main Capitol Building, Room 225
Harrisburg, PA 17120 USA
fax: 001-717-783-1396

Juni 1995



Kampf dem staatlichen Rassismus!
Stoppt das legale Lynchen!

Samstag • 22. Juli 1995
Berlin • Rosa Luxemburg Platz

12 Uhr

Kurzauswertung der Initiative "politisches Asyl für Mumia Abu-Jamal in der BRD"

Ende Juni ist über die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke im Petitionsausschuß ein Antrag auf politisches Asyl für Mumia in der BRD eingereicht worden. Begründet wurde das Asylbegehren damit, daß Mumia in den USA wegen seiner politischen Überzeugung verfolgt ist und sein Leben durch die Todesstrafe bedroht ist.
In den Monaten davor wurden für das Asylbegehren ca. 500 Unterschriften von Organisationen und vielen Einzelpersonen gesammelt.
Es gibt mehrere Gründe für diese Initiative: Zum einen ist es ein Versuch, noch einmal mehr Unterstützung für Mumia im liberalen und bürgerlichen Spektrum über das Verschicken von Protestfaxen an den Gouverneur hinaus zu mobilisieren. Ein weiteres Ziel ist es, damit politischen Druck in den USA zu erzeugen und Mumias Fall noch einmal auf eine Ebene zu bringen, auf die wir oft mit Straßenaktionen keinen Einfluß haben. Außerdem kann es den UnterstützerInnen in den USA helfen, gegenüber der Presse damit zu argumentieren, daß sich humanitäre Organisationen, Parlamentarier, viele Einzelpersonen und Gruppen usw. dafür aussprechen, daß Mumia in die BRD kommen soll.



Es geht uns nicht darum, daß wir die BRD plötzlich als den "besseren" Staat darstellen wollen oder in irgendeiner Form an das herrschende Asylrecht glauben oder Mumias Fall in Konkurrenz zur Situation von anderen Flüchtlingen und AsylbewerberInnen stellen wollen. Die Initiative für das Asylbegehren ist einfach ein Versuch, eine weitere Ebene der Unterstützungsarbeit aufzumachen, mit der wir sonst nicht so viel zu tun haben. Wir denken, daß in Mumias Fall nur eine Kombination von ganz unterschiedlichen Ebenen - Aktionen, Initiativen, Kundgebungen, Konzerten, Unterschriftensammeln, Protestfaxe schicken, ... - wirkungsvoll sein kann. Wir gehen natürlich nicht davon aus, daß Mumia tatsächlich in der BRD politisches Asyl erhält - der Gouverneur von Pennsylvania würde ihn nie gehen lassen und die BRD würde ihn wahrscheinlich nie aufnehmen.

Das Asylbegehren wurde dann am Montag, den 27.6. auf einer Pressekonferenz mit einem von Mumias Anwälten, Dan Williams, in Bonn vorgestellt. Die Reaktion der Presse war ausgesprochen schlecht - bis auf Neues Deutschland, Junge Welt, Yeni Politika und ein Team von CHAOS-Produktion aus Köln war niemand da. Woran das lag ist unklar - vielleicht, weil die Presse PDS-Pressekonferenzen ignoriert, vielleicht weil sie das Thema gerade nicht aktuell fanden oder weil Bonn der falsche Ort für solche Sachen ist. Jedenfalls sind wir zu dem Schluß gekommen, solche Pressekonferenzen demnächst eher in Berlin oder anderen Städten, wo die Regionalpresse ohnehin schon berichtet hat, zu machen.

Dan Williams hat auf der Pressekonferenz den Wiederaufnahmeantrag und die jetzt folgenden Schritte erläutert. Es gibt vier Kernpunkte des Wiederaufnahmeantrags: Zum einen haben die Anwälte einen neuen Zeugen gefunden, der in der Tatnacht dabei war und schon damals ausgesagt hat, daß ein anderer Mann als Mumia den Polizeibeamten erschossen hat und dann weggerannt ist. Der Zeuge hat das auch den Polizeibeamten in der Nacht gesagt, ist aber von ihnen völlig unter Druck gesetzt und bedroht worden. Er ist noch vor dem Prozeß aus Pennsylvania geflohen und sein Aufenthaltsort wird immer noch verschwiegen. Zweitens waren die Kugeln, die in dem Polizeibeamten steckten Kugeln aus einer 44-Kaliber Pistole; Mumia hatte an dem Abend eine 38-Kaliber Pistole im Taxi dabei. Drittens ist das angebliche "Geständnis", das Mumia noch im Krankenhaus abgegeben haben soll, eine Erfindung der Bullen, nachdem Mumia Anzeige wegen Mißhandlung gestellt hatte. Und schlußendlich beweisen medizinische Gutachten über den Einschußwinkel sowohl der Kugeln in den Polizeibeamten als auch in Mumias Körper, daß die Version der Staatsanwaltschaft - Mumia hätte über dem Polizeibeamten gestanden und kaltblütig vier Mal auf ihn abgedrückt - nicht stimmen kann.
Dan Williams hat mehrfach betont, daß die internationale Solidarität ein extrem wichtiger Faktor ist, da es z.B. erst die internationalen Proteste waren, die die US-Medien und die US-Promis dazu bewegt haben, zu berichten bzw. aktiv zu werden.
Im Anschluß an die Pressekonferenz hatte Dan Williams dann noch einen Gesprächstermin mit MdB Volker Beck von den Grünen/Bd. 90, der auch im Justizausschuß des Bundestags sitzt und zugesagt hat, sich um eine internationale BeobachterInnendelegation zu kümmern. Über das Gespräch zwischen dem Anwalt und Volker Beck hat die Frankfurter Rundschau zwei Tage später einen relativ ausführlichen Bericht gebracht.

Die gesammelten Unterschriften sind dann am 28.6. in der taz als Anzeige erschienen, die ziemlich viele Anfragen und Reaktionen verursacht hat. Auf jeden Fall sollen noch weitere Unterschriften gesammelt werden, so lange, bis es eine formale Entscheidung im Petitionsausschuß gibt.

P.S.: Eine Reaktion auf das Asylbegehren ist übrigens ein Brief von Rita Süßmuth an Andrea Lederer (MdB PDS), in dem sie u.a. schreibt: "... Zu Ihrer Bitte um eine persönliche Intervention im Einzelfall des Herrn Mumia Abu-Jamal ist zunächst festzustellen, daß die Verurteilung zu einer Strafe und der Strafvollzug grundsätzlich wesentliche Bestandteile der staatlichen Souveränität sind. Dennoch bin ich der Ansicht, daß sich der Deutsche Bundestag mit dieser Angelegenheit befassen sollte und habe Ihr Schreiben daher an den zuständigen Unterausschuß für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses weitergeleitet, damit dieser sie in seine Arbeit einbeziehen kann."
Interessant sind auch die Reaktionen aus dem Bundesinnenministerium und der Innenminister von Schleswig-Holstein und Bayern. Da wird abwechselnd damit argumentiert, daß die USA ein Rechtsstaat sind, daß die Todesstrafe keine Menschenrechtsverletzung darstellt und daß Mumia erst einen Asylantrag in der BRD stellen müßte .... .

autonome Mumia-Soligruppe, Berlin



Kurdischer Nationalismus und Antisemitismus

Gemeinsamkeiten...

... glaubt der Kommentator "Aydin Zafer" in der Ausgabe vom 30.06.1995 der kurdischen Zeitung ***Yeni Politika*** (Neue Politik) festzustellen ("Ortaklik"), Gemeinsamkeiten zwischen dem "Judentum" und dem Kemalismus.

Gemeinsamkeiten haben wir auch entdeckt - und zwar zum rassistischen antisemitischen Artikel von "A. Inanc" in der eingestellten Zeitung ÖZGÜR ÜLKE. Gemeinsamkeiten, die nicht nur den Stil betreffen (der übrigens - nicht von unserer Seite - bezeichnende Spekulationen auf den **Urheber** des Artikels aufkommen ließ), sondern vor allem den **Inhalt**.

Unserer Übersetzung des rassistischen "A. Inanc" - Artikels war von kurdischen Nationalisten und ihren deutschsprachigen Freunden unter anderem vorgeworfen worden, sie sei

falsch und würde die **spezielle Situation in Kurdistan** nicht berücksichtigen.

Aus diesem Grund fordern wir die kurdischen Nationalisten und ihre deutschsprachigen Freunde auf, eine Übersetzung des hier in Faksimile abgedruckten Artikels zu liefern.

Vielleicht vorab:

Was heißt:

"Mustafa Kemal'in babasinin belli olmadigindan bahsedilmektedir. Niketim bazi Müslüman cevrelerin bu konu üzerinde arastirmalari da bulunuyor. Mustafa Kemal'in bir Yahudi bozmasi oldugu ihtimali yüksektir."

?

Sinngemäß etwa, daß Mustafa Kemals Vater unbekannt ist, daß es islamische Forschungen gibt, die belegen, daß er türkisches Blut durch jüdisches beschmutzt hat

?

Wir sind sicher, von Euch in Kürze eine Erklärung zu bekommen, die die spezielle Situatiuon Kurdistans berücksichtigt.

Wir können es vorab aber auch mal versuchen:

Jeder Nationalismus muß immer auch rassistisch sein:

Eine Nation ist ein Zwangsverein, in dem durch ökonomische und staaliche Zwänge Mitglieder unterschiedlicher Klassen vereinigt sind. Nationalisten begründen den nationalen Zusammenhang durch **vorstaatliche** Gegebenheiten: als eine natürliche (naturgewachsene) Gemeinschaft, die durch den Zusammenhang als Nation Schutz gegenüber "anderen" findet. Diese anderen sind - wer sollte es sonst auch sein - andere Nationen

Wer die Gründe für die Existenz "seiner" Nation in etwas Naturgegebenem zu finden vermeint, argumentiert rassistisch. In seiner reinsten Form wird dieser Nationalismus auf das "Blut" und den "Boden" reduziert.

Der Sprung zum **Antisemitismus** ist dann nur klein und allen Vertretern von erfolglosen Nationalismen (von ehemals Hitler über heute Walesa und Schirinowski und offensichtlich auch "Inanc" und "Zafer") gemeinsam: Weil man von "seiner" Nation so felsenfest überzeugt ist und die Gründe für die Mißerfolge der "eigenen" Nation keinesfalls in eben dieser gesucht werden können, muß - so die Logik der Nationalisten - der Grund dafür außerhalb der Nation gesucht werden. Und da wird der Nationalist schnell fündig: Die Juden - ein Volk ohne Staat innerhalb der eigenen Nation - erscheint in dieser Gedankenverrenkung als "Schmarotzervolk".

Daß diese Denkart auch kurdischen Nationalisten nicht fremd ist, wundert uns nicht. Es wundert uns nur die fortwährende unkritische Unterstützung kurdischer Nationalisten durch Linke.

Einige Kommunisten aus Berlin

Volkes Fronten

■■■■ »Die in Deutschland rechts wie links verbreitete Begeisterung für Ethnien und Völker, für den Kampf um nationale Selbstbestimmung und kulturelle Identität scheint ... ein neues Objekt gefunden zu haben«, schrieb Jakob Bauer in KONKRET 11/94 mit Blick auf die Konjunktur, die die Kurdenfrage hierzulande gegenwärtig hat. Der Fall der türkischen, prokurdischen Tageszeitung »Özgür Ülke« (»Freies Land«) gibt abermals Anlaß, auf einige Implikationen dieser Konjunktur hinzuweisen.

Am 1. Dezember 94 veröffentlichte das autonome Infoblatt »Interim« Auszüge aus einem Beitrag, der am 28. und 29. August in »Özgür Ülke« erschienen war. Unter der Überschrift »Der Spezialkrieg und das Judentum« ist darin u.a. zu lesen: »Er (Mustafa Kemal Atatürk, Gründer der modernen Türkei) ist ein Jude aus Saloniki, der mit dem Türkentum nicht so sehr viel zu tun hat. Es ist ganz offensichtlich, daß er mit seinen vielen Eigenschaften kein Türke ist. Es ist auch nicht umsonst, daß sich die Juden, die Zionisten des Kemalismus so sehr annehmen. Im Grunde genommen tritt uns ein zionistischer Staat unter der Maske des Türkentums entgegen. Vielleicht ist die türkische Republik ein Staat, der mehr als Israel für den Zionismus tut, oder die Türkische Republik ist eine Art zionistischer Staat. ... Der Zionismus möchte nicht, daß der türkische Staat sein Ansehen verliert, daß er bloßgestellt oder isoliert wird. Denn er ist sein Hauptbündnispartner, und er hat Israel gegründet, indem er sich auf ihn gestützt hat, und erhält Israels Existenz aufrecht, indem es sich auf ihn stützt. So begegnet er uns als eine der Hauptmächte, die den Spezialkrieg bis heute am Laufen halten. Der Kemalismus, selbst die Türkische Republik drücken sich als Randerscheinung dieser Riesenmacht aus. Aus diesem Grund ist er (der Zionismus) eine Macht, die auf der Welt am meisten entlarvt und isoliert werden muß. In Wirklichkeit stehen das türkische spezielle Kriegssystem, heutzutage der Kemalismus, unter dem weltweiten zionistisch-imperialistischen Schutz. ... Es ist bekannt, daß die Freimaurer, Juden und der Zionismus weltweit sehr konspirativ arbeiten. Denn sie beuten die Welt aus, sie spielen mit der Welt. Das bedeutet Ausplünderungen, und Millionen Menschen werden ermordet. Alles dafür, daß eine kleine jüdische Minderheit die Welt regiert. ... Der weltweite Zionismus zwingt die Menschen, sich der Ausbeutung zu unterwerfen, indem er die Völker beschmutzt, sie zum Sittenverfall verführt ...« »Interim« kritisierte diese Aussagen als antisemitische und »original faschistische Hetze«.

In der Nacht zum 3. Dezember zerstört ein Bombenanschlag das Istanbuler Bürogebäude, in dem sich die Redaktionsräume von »Özgür Ülke« befinden. Der Pförtner ist sofort tot, 18 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Die Bombe, die mit großer Wahrscheinlichkeit vom türkischen Geheimdienst gezündet wurde, setzt auch hierzulande eine nahezu das gesamte linksliberale bis linksradikale Spektrum umfassende Solidaritätsbewegung mit »Özgür Ülke« in Gang. »M«, die Zeitschrift der IG Medien, macht den Anschlag zur Titelgeschichte ihrer Januar-Ausgabe und veröffentlicht unter der Überschrift »Zeitung machen gegen den Tod« gemeinsam mit »medico international« und der »Özgür Ülke«-Europavertretung einen »dringenden Appell« zur »solidarischen Sicherung der Arbeit von Özgür Ülke« im Zeichen »kollegialer Zusammenarbeit«: »Die freie und unabhängige Stimme in Kurdistan und der Türkei darf nicht zum Schweigen gebracht werden!«

Am 12. Dezember druckt die Tageszeitung »junge Welt« (»jW«) unter der Überschrift »Mit Antizionismus für die PKK?« Auszüge aus dem »Interim«-Beitrag, den noch im gleichen Monat die Zeitschrift »Bahamas« (Nr.16) komplett dokumentiert. Am 26. Januar veröffentlicht die »jW« sowohl ein Interview mit einem »Özgür Ülke«-Mitarbeiter, der die »antizionistische« Stoßrichtung seiner Zeitung verteidigt, als auch eine ausführliche redaktionelle Stellungnahme »zum Antisemitismus in ›Özgür Ülke‹«. Darin zitiert sie weitere einschlägige Texte aus dem prokurdischen Blatt (»Der Zionismus ist eine der Methoden des internationalen Kapitals, mit der es unter dem Vorwand des Kampfes der Juden um ihre Heimat gegen die Völker der Region vorgeht ... Das kurdische Volk erlebt heute Schmerzlicheres als das jüdische Volk in der Vergangenheit, weil es so lange einem systematischen und geplanten Völkermord ausgesetzt ist und nicht die internationale Unterstützung genießt, wie sie das jüdische Volk während seiner Verfolgung hatte« usw.). Die »jW« konstatiert, daß es bis dato weder von »Özgür Ülke« selbst eine offizielle Stellungnahme zur Kritik an den antisemitischen Pamphleten gegeben habe noch von irgendeiner der deutschen Kurdistan-Solidaritätsgruppen irgendeine öffentliche Reaktion. Das ist bis heute (12.2.) so geblieben.







„Es ist mir ganz unmöglich länger zu leben..."
Ein Info zu den Selbstmorden in Passau

In den letzten 8 Wochen haben sich drei Menschen umgebracht, die sich alle in unterschiedlichem Ausmaß in unseren Zusammenhängen bewegt haben.
Wir finden es schwierig über die drei zu schreiben, weil wir es für wichtig halten, sie nicht zu Märtyrern oder revolutionären Helden hochzustilisieren, wie das unserer Meinung nach leider von anderen Gruppen mittlerweile geschehen ist (siehe Interim Nr. 336).
Über die genauen Motive für diese Selbstmorde können wir leider nur spekulieren, teilweise meinen wir die Überlegungen, die zu diesem Entschluß geführt haben zu kennen, zum Teil sind wir uns darüber im Unklaren.
Klar ist aber, daß ihre Überlegungen, wie bei allen Menschen, die sich entscheiden nicht weiterleben zu wollen, nicht unabhängig von ihren Lebenssituationen in diesem, für viele Menschen mörderischen, System zu sehen sind.

Sowohl Steve, Hölli als auch Matthias waren auf verschiedene Weise in den linksradikalen Zusammenhängen Passaus aktiv und versuchten sich gegen die bestehenden Verhältnisse zu wehren und sich diesen nicht zu unterwerfen.
Alle drei hatten zum Zeitpunkt ihres Selbstmordes Verfahren am Hals: Steve stand ein Verfahren wegen Raub bzw. Nötigung im Zusammenhang mit einem Zusammenstoß mit Faschos des Nationalen Blocks bevor, gegen Hölli wurde in Verbindung mit der „Silvesterrandale" wegen schwerem Landfriedensbruch ermittelt und Matthias sah sich dem Vorwurf des § 129a gegenüber, der sich aus der seit Silvester verstärkt einsetzenden Kriminalisierung antifaschistischer Zusammenhänge in Passau ergab. Dies alleine als Gründe für die Selbstmorde zu betrachten wäre allerdings zu kurz gegriffen. Sicherlich war der Repressionsdruck belastend, aber bei allen waren andere Gründe mindestens genauso schwerwiegend.

Obwohl alle drei in ihrem Leben einschlägige Erfahrungen mit den Mechanismen dieser Gesellschaft, wie Ausbeutung, Hierarchien, Moralvorstellungen, Vereinzelung, Leistungsdruck und Unterdrückung hatten, von diesen geprägt waren und somit auch in ihrem politischen Handeln von diesen bestimmt waren ist es für uns nicht möglich, ihre Enscheidung nicht mehr weiterleben zu wollen, unter einen Hut zu packen. Dafür waren sie selber und ihre Lebensumstände eben doch viel zu unterschiedlich.

Steve verstand sich als Anarchist und war in Passau maßgeblich am Aufbau des Infoladens, der „Billigen Begegnungsstätte", beteiligt, Matthias war aktives Mitglied einer Antifagruppe und Hölli, der früher ebenfalls Mitglied einer Antifa-Gruppe gewesen war, bewegte sich in der letzten Zeit hauptsächlich in der Passauer Punkszene.

Too much pressure... vom Innen- und Außendruck

Laut Presse hat Matthias seinen Entschluß in einem Abschiedsbrief mit dem „Zustand der Gesellschaft und des gesamten Staates erklärt. Man könne an diesem System nichts ändern..." (Passauer Neue Presse 30.05.95)
Wir halten es für ein absolutes Alarmzeichen wenn ein 16-jähriger aus linksradikalen Zusammenhängen beschließt sich umzubringen, weil mensch an diesem System nichts ändern kann oder sich vielleicht auch von dem Repressionsdruck überfordert fühlt. Wir denken, daß unsere Strukturen so beschaffen sein müssen, daß sie fähig sind derartige Ohnmachtsgefühle aufzufangen. Das heißt aber auch, daß es überhaupt mal möglich sein muß Gefühle zeigen zu können und mit ihnen umgehen zu können. Das heißt für uns weiter, daß es nicht sein darf, daß Menschen in eine Militanz getrieben werden, die nicht von ihnen selber entwickelt worden ist oder zumindest ihnen gegenüber diesbezüglich eine Erwartungshaltung aufgebaut wird. Genauso wenig darf es sein daß die coolen „Alles-CheckerInnen" als Vorbild aufgebaut werden, sondern wir halten es für bitter notwendig


In guten wie in schlechten Zeiten

Solidarität mit Werner,
Rainer, Andreas, Ralf,
Berhard, Peter und
Thomas !

"Explosion" einer
Bombenattrappe am
Abschiebeknast in Berlin-
Grünau bei der
Abschlußdemo zum
Autonomiekongreß.

radikal

kommt weiter

INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info

endlich anzufangen genauer zu gucken, wie es uns und den Menschen mit denen wir zu tun haben wirklich geht und wo unsere und ihre Bedürfnisse sind. Wir müssen unsere Strukturen auf das hin selbstkritisch hinterfragen, um herauszufinden, warum es uns nicht möglich war die drei aufzufangen und wir ihnen nicht mehr Lust am Leben geben konnten.
Das alles sehen wir leider momentan in sich als linksradikal definierenden Zusammenhängen in Passau als reichlich wenig vorhanden.

Bullen und Pillen

Der Tod von Hölli steht für uns u.a. auch in Zusammenhang mit der momentanen Drogensituation in Passau. Die hat sich vor ca. drei Jahren ziemlich abrupt geändert und verschärft: Der Markt wurde nahezu überschwemmt mit Pillen jeglicher Art, kurz darauf auch mit Koks, Speed und Heroin. Damit einhergehend war ein ziemlich massiver Anstieg von Bulleneinsätzen und -kontrollen an den entsprechenden Treffpunkten zu beobachten. Der verdealte Stoff ist von miesester Qualität: Ausdruck davon sind nicht nur die Häufung von „Drogentoten" seit Dezember '94 sondern auch, daß gerade in den letzten Wochen KonsumentInnen einfach „ausrasten". So nahmen die Bullen dies im letzten Monat gleich zweimal zum Anlaß Leute vorübergehend in die Psychatrie zu stecken. Ansonsten fällt den Bullen nichts weiter ein die Dealer als Informanten zu benutzen und sie massiv zu decken. Soweit zum Thema staatliche Drogenpolitik als Mittel um Szenen zu verunsichern und zu zerschlagen.

Was die Bullen ansonsten von den gehäuften Selbstmorden halten verdeutlicht wohl am Besten der Satz eines USK-Bullen: „Bringt euch doch am besten alle um!"

Sozialarbeiter auf der Pirsch

Auch Hölli war in der Zeit vor seinem Selbstmord nahezu ständig voll mit Drogen irgendwelcher Art. Nichtsdestotroz greift für uns die von der Passauer Neuen Presse im Fall von Hölli und Matthias verbreitete Hetzversion, nach der Drogen + politisches Engagement = automatische Selbstmordabsichten, zu kurz. Wir halten dies für einen weiteren plumpen Versuch seitens der Presse die Kampagne gegen AntifaschistInnen in Passau weiter zu verschärfen.
Jugendamt und Sozialarbeiter wuseln nun aufgeregt durcheinander und überschlagen sich mit wohlmeinenden Analysen zur „Drogen- und Jugendproblematik" und meinen mit ihren Schlagworten von „Räume für die Jugendlichen" und „Streetwork" doch (wie immer) wieder nichts anderes als öffentliche „Flurbereinigung", Befriedung und Bevormundung.

Letzten Dienstag wurde nun Höllis Freundin Martina auf der Straße überfahren. Laut Presse sei sie dort mit einem Freund um 3.00 h früh „spazieren gegangen". Sie starb zwei Tage später im Krankenhaus. Über die genauen Ursachen ihres Todes können wir leider auch nur wieder Mutmaßungen anstellen, die uns im Endeffekt auch nicht weiterbringen. Auf alle Fälle ist sie die vierte Tote innerhalb von 2 Monaten...

18.04.95 Steve (30 Jahre)
29.04.95 Hölli (16 Jahre)
29.05.95 Matthias (16 Jahre)
15.06.95 Martina (15 Jahre)

Traurig, wütend und ziemlich ratlos.... Mehrere unabhängige Antifas/Fantifas

Weg mit diesem System!
Für eine Gesellschaft ohne Vereinzelung und Unterdrückung!

Gewogen und zu leicht befunden ! - Kritik am Kaindl-Verfahren

Da im letztem Antifaschistischem Infoblatt, in der Interim sowie in der ersten Broschüre zum Kaindl-Verfahren der Unterstützungskreis Abidins seine Position darstellen konnte und unsere teils verdreht, teils falsch wiedergab, wollen wir nun allen Außenstehenden mit diesem Text die Möglichkeit geben, sich ein authentisches Bild unserer Position zu machen. Wir hoffen, daß dieser Text überall dort erscheint, wo auch die Positionsbestimmung der anderen Gruppe erschienen ist, damit die Meinungsbildung nicht mehr so einseitig verläuft wie bisher. So begrüßen wir auch, daß demnächst eine weitere Broschüre zum Kaindl-Verfahren erscheinen wird, in der mehr als nur ein Betroffener und auch mehrere Positionen zu Wort kommen konnten.

Gewogen und zu leicht befunden!

Vor über drei Jahren erlag der Faschist Kaindl Verletzungen, die er sich bei einem Angriff während eines chinesischen Essens zuzog. Vor anderthalb Jahren nahm der Polizeiliche Staatsschutz von Berlin aufgrund von Aussagen Erkan <Cont> Sönmez Fatma und Mehmet fest. Gegen acht andere wurden Haftbefehle erlassen. Drei Tage später stellte sich Abidin. Nach zwei weiteren Wochen wurde Bazdin in seiner Wohnung verhaftet.
In der Zwischenzeit gründete sich ein Unterstützungskomitee, das von Freundinnen und Freunden sowie von Verwandten der Verfolgten gebildet wurde. Da die Verfolgten unterschiedlichen politischen Strömungen zugehörten, traten folgerichtig auch im Unterstützungskomitee Unterschiede im politischen Herangehen auf. Grob konnte (und kann) das Unterstützungskomitee in drei Strömungen unterteilt werden, die sich schnell zu Lobbys einer bestimmten politischen Ausrichtung mit den ihr zuzurechnenden antifaschistischen Verfolgten entwickelten. Im Folgenden wollen wir versuchen, diese Unterschiede anhand von Beispielen aus der Unterstützungskampagne allen Außenstehenden nachvollziehbar und damit deutlich zu machen, damit auch diese die Möglichkeit erhalten, sich ein auf Tatsachen beruhendes Bild zu machen.
War schon die Selbststellung Abidins nach nicht einmal drei Tagen der Verfolgung ein Anzeichen für ein Herangehen an Politik, das das Überschreiten der vom Staat gesetzten Schwelle der Gesetze und Verordnungen ausschloß, so zeigte sich in dem Umgang mit dem ersten Brief des untergetauchten Ali/Walter, daß diese Schwelle zu einer prinzipiellen Unterscheidung der jeweiligen Strömung führen sollte: Anstatt den Brief eines Untergetauchten auf der ersten Knastkundgebung in Moabit zu verlesen, und damit eine mögliche Kommunikation der Untergetauchten herzustellen, verschwand dieser Brief in den Taschen der Abidin Unterstützenden mit der Begründung, über keine ausreichende Zeit für die Verlesung des Briefes zu verfügen. Dieses Argument entbehrte jedoch jeder Grundlage und war einzig für die nichtwissenden Außenstehenden bestimmt und demzufolge nur in der Erklärung zu finden, die in der Interim Nr. 267.. abgedruckt wurde. In Wirklichkeit war dieser Brief schon zu Beginn der Kundgebung in den Lautsprecherwagen gereicht worden und hätte ohne zeitliche Schwierigkeiten verlesen werden können.
Daß dem nicht so war, lag u.E. an einem politischen Konzept, das allein schon die Vorstellung eines nicht unbedingt illegalen, aber auf jeden Fall nicht genehmigten Handelns ausschloß. Nur mit solch einem Konzept konnte der Schritt umgesetzt werden, selbst einen Untergetauchten von dem Wenigen an Kommunikation abzuschneiden, das nach dem Abtauchen noch möglich ist, womit auch von linker Seite aus die Situation der Isolation gefestigt wurde, die sich zwangsläufig aus der Flucht ergibt. Zweifelnde könnten nun anfügen, daß dieses Handeln aus einer möglichen Angst entsprungen ist und damit nicht derart verwerflich sei, wie es bei unserer Schilderung erscheint.
Doch im Verlauf der vielen Diskussionen fiel uns immer wieder auf, wie beliebig diese Gruppe verschiedene Argumente benutzt, um jeweils das gewünschte Ergebnis zu erreichen. So wandten sie bei einem späteren Brief von Ali/Walter gegen eine mögliche Veröffentlichung vor allem in den Herzschlägen ein, daß nicht ausdrücklich in dem Brief um eine Veröffentlichung gebeten wurde. Wären die Begleitumstände Anfang 1994 nicht alles andere als amüsant gewesen, hätte dieses Argument gut und gerne in eine Satire über die Bürokraten dieser Welt gepasst. Zum Schluß hieß es dann, die Herzschläge sei eine legale Zeitung, weshalb Briefe von Illegalen dort nicht veröffentlicht werden können. Abgesehen davon, daß sehr wohl Briefe von Illegalen veröffentlicht wurden, sofern sie dieser Gruppe nur politisch opportun erschienen, ist nichts Illegales dabei, wenn Untergetauchte an wen auch immer Briefe schreiben. Zumindest denen, die sie empfangen, kann auch nach den Gesetzen dieses Staates daraus kein Strick gedreht werden. Doch auch dieses Argument verlor jegliche Grundlage in dem Moment, als die Briefe in anderen Publikationen wie z.B. der Interim veröffentlicht wurden. Trotzdem aber versuchte diese Gruppe eine weitere Veröffentlichung in den Herzschlägen zu verhindern.
Die Gruppe ging jedoch noch einen Schritt weiter: Regelmäßig klammerten sie die Gesuchten aus allen Veröffentlichungen aus. Auf vielen Plakaten und in jeder Nummer der Herzschläge wurden die Untergatauchten kaum erwähnt, dafür aber wurde jedesmal eine Einheit aller Gefangenen suggeriert, die so nie bestand und Außenstehende nur die Vermutung übrig ließ, alle Gefangenen wären gleichermaßen verfolgt und hätten deshalb das selbe Maß an Solidarität von Seiten der Linken zu erwarten, wie sie von staatlicher Repression betroffenen politischen Gefangenen zusteht. So war am Anfang immer von den "fünf gefangenen Antifas" die Rede, die "sich über Post freuen." Einige der Verfolgten teilten mit, daß sie eine Trennung zwischen Erkan und Bazdin auf der einen und allen anderen auf der anderen Seite wünschten, da die beiden mit ihren Aussagen erst die Verfolgungsmaßnahmen auslösten bzw. die Grundlage hierfür schufen. Doch der Kreis um Abidin ignorierte jedesmal diese Forderung. So war es Walter, der nach Monaten der Bitten schließlich einen Brief schrieb, in dem er die Unterschiede unter den Verfolgten mit einem Wort benannt: Verrat.[1]
Sofort entbrannte eine heiße Diskussion, bei der oft mit Untergriffen gearbeitet wurde. So wurde der Brief Walters, obwohl veröffentlicht, regelmäßig in der Diskussion unterschlagen und das Papier der Roten Hilfe als Auslösepunkt genannt. Dieser kleine Trick verhalf der anderen Position, besser gegen uns vorgehen zu können und uns z.B. als diejenigen hinzustellen, die zu keiner Selbstkritik fähig, rein dogmatisch an die Sache herangehen und sogar "stalinistisch" sind. Zu einem der Untergetauchten hätte dies alles nur schlecht gesagt werden können, weshalb der Brief Walters aus der Debatte verdrängt werden mußte.
Um zudem noch besser dazustehen, mutierten Erkan und Bazdin plötzlich von "verfolgten Antifas" zu "unpolitischen Jugendliche", die "keinen politischen Verrat begehen" konnten. Abgesehen davon, daß Verrat nicht nur in der Politik vorkommt, sondern auch unter wirklichen und vermeintlichen Kriminellen ein Begriff ist und selbst in Schulen Petzende schief angesehen sind, zeigt diese Mutierung, auf welchem Boden die Argumentation dieser Position steht. Um davon abzulenken, wurden alle, die das Wort *Verrat* auch nur in den Mund nahmen, in die Nähe von Lynchwütigen gestellt. Dabei wurde solch eine Konsequenz zu keiner Zeit eingefordert. Das Einzige, was in diese Richtung ging, war die Forderung nach einem Kiezverbot für die beiden, die jedoch zu keiner Zeit ernsthaft in Erwägung gezogen wurde und allein dazu diente, einen Tag vor Prozeßbeginn noch einmal Druck auf die Familien von Erkan

1 Dieses Wort hat zu starken Polemiken geführt. Dabei wurde aber immer außer acht gelassen, daß die Monate davor von Taubheit gekennzeichnet waren, so daß Walter nur mit der Steigerung der Schärfe seiner Wortwahl erreichen konnte überhaupt gehört zu werden. Dies war dann auch tatsächlich der Fall.



und insbesondere die deutsche Justiz nach dem nur wenige Monate zurückliegendem Deckert-Urteil mit der nun folgenden Urteilsurkunde sich selbst einen antifaschistischen Läuterungsbescheid ausstellt. Die Perversion liegt dabei darin, daß diese Verdrehung auf dem Rücken der Linken in Deutschland ausgetragen wird. Wir sind deswegen froh, daß unsere Aktivitäten wie die vieler anderer dazu beitrugen, daß diese Entwicklung begrenzt wurde und nicht zur vollen Entfaltung kam.

Ein weiterer Punkt des Zerwürfnisses war die Vorbereitung und die Durchführung des Prozesses. Wir denken, daß der Durchführung des Prozesses eine schon weit vorher erarbeitete Strategie zugrunde lag, die als Unschuldskampagne für Abidin bezeichnet werden kann. Um dies verständlich zu machen, müssen wir weit zurück, in die Anfangszeit der Repression gehen.

Wir haben uns immer gefragt, weshalb Abidin, der doch so ein erfahrener Kämpfer war, ein Revolutionär, wie so gerne die türkische Linke sagt, weshalb gerade er sich schon am dritten Tag der Verfolgung der Justiz stellte. War es Panik oder war er einfach müde nach so vielen Jahren des Kampfes und der Illegalität? Eine Antwort finden wir in der Forderung seines Anwaltes Kliesing, der schon im Februar verlangte, daß sich alle Untergetauchten stellen und die "Verantwortung für ihr Handeln" übernehmen sollten. Er ging sogar soweit zu behaupten, daß sein Mandant mit einem der Geflohenen verwechselt wurde - eine Behauptung, die jeder Grundlage entbehrte - und verstieg sich in der Beschimpfung der Illegalen als "Prozeßschmarotzer". Gleiches wurde von einem Freund Abidins auf den Treffen des Unterstützungskomitees vertreten. Die Überlegung bei Kliesing wie bei allen anderen seines Schlages war, daß acht Beschuldigte sich selbst belasten sollten, jedoch den Aussagen Erkans und Bazdins gegenüber die Unschuldigkeit Abidins bezeugen. Die Garantie eines Erfolges dieser Strategie bot eine Öffentlichkeitsarbeit, die jedwede radikale Äußerung unterbinden mußte, damit sich bürgerliche Kreise in die vermeintliche Solidarisierung einklinken konnten, um dadurch im Prozeß die Chancen für ein wirklich rechtsstaatliches Verfahren zu erhöhen. Denn die Geschichte der politischen Justiz in Deutschland zeigt, wie wenig der Schuldbeweis gegen Linke notwendig ist. Die Konsequenz, Abidins Freiheit gegen die Verurteilungen und den Knast aller anderen, wurde natürlich verschwiegen bzw. jeder andere Punkt, der einen klaren Einblick bieten konnte, verklärt.

So wurden die Hintergründe der Selbststellung Abidins damit verschleiert, daß die Behauptung aufgestellt wurde, die Situation von Untergetauchten sei generell beschissen. Auf jeder nur möglichen Veranstaltung sprach der Unterstützungskreis Abidins von dem "dunklen Loch" in einem muffigen Keller irgendeines weit abgelegenen Hauses, in dem kein Freund, keine Freundin vorbeikommt und die Gesuchten im Erhaschen von Schritten der herannahenden Polizei verharren. Diese Verlautbarungen sind nicht nur aufgrund ihrer Unwirklichkeit ein Ausdruck extremen Schwachsinns, sondern für die gesamte Linke fatal. Denn mit dieser bewußt geschürten Paranoia verliert die Linke jede zukünftig mögliche Stärke, da als einziges das Gefühl übrig bleibt, der staatlichen Repression nichts entgegensetzen zu können und ihr hoffnungslos ausgeliefert zu sein.

Die Crux dieser Strategie war jedoch die Aussagebereitschaft der Angeklagten im Prozeß. Hatte schon Abidin in der ersten Vernehmung nach seiner Selbststellung Aussagen gemacht, so sollten nun Fatma und Mehmet, seit der Selbststellung Seyhos und Carlos auch diese beiden, nachziehen. Schon im Frühjahr schürten fast alle Anwälte einen enormen Druck, um die Angeklagten zu Aussagen zu zwingen. Das Bild von 15 Jahren und mehr wurde wie ein Damoklesschwert im Nacken der Gefangenen projieziert, verbunden mit dem Heiligen Gral der Aussagebereitschaft, mit der allein, den Anwälten zufolge, die Chancen auf eine und Bazdin auszuüben, damit die ihre Aussagen zurücknehmen.[2] Im Gegensatz dazu bestand das Verhalten der anderen Position einzig darin, abzuwarten, ob die beiden von sich aus ihr Verhalten zu ändern gedenken. Wir überlassen allen anderen zu entscheiden, welches Herangehen besser ist.

Kommen wir nun zu einem weiteren Knackpunkt, der innerhalb des Unterstützungskomitees zu starken Zerwürfnissen führte, nämlich zu der Bewertung der Aktion im China-Restaurant selbst. Für uns war von Anfang an diese Aktion eine antifaschistische Aktion, egal was für eine Kritik wir an ihr hatten. Sie kann als spontaneistisch, als aktionistisch, als riesengroßer Fehler bezeichnet werden, trotzdem aber bleibt sie eine antifaschistische Aktion. Dies zeigt ihre Zielsetzung, aber auch die Beteiligten zeigen dies, denn sie sind alle vom faschistischen Terror bedroht.[3] Am Anfang sah dies auch die andere Position so und rechtfertigte die Aktion sogar in einem Interview mit der Berliner Zeitung knapp eine Woche danach.

Nun aber, als die ersten Verhaftungen erfolgten, tat sich diese Gruppe schwer, überhaupt Stellung zu der Aktion zu beziehen. Einen positiven Bezug, wie ihn auch FelS nach anfänglichen Schwierigkeiten einnahm, in dem sie sagten, "Widerstand ist gerechtfertigt", verschwand nun ganz. Wenn überhaupt Stellung bezogen wurde, dann wurde nur kritisiert und die Beteiligten als durchgeknallt dargestellt wie bei der ersten öffentlichen Veranstaltung im Ex. Bei den Treffen im Unterstützungskomitee wurde hingegen eine sehr deutliche Sprache gesprochen: "Wäre nicht der unschuldige Abidin dabei, würden wir keinen Finger rühren." In der hitzigen Debatte auf diesen Treffen antwortete deswegen einer von uns einmal in Anlehnung an einen Ausspruch von Che Guevarra: "Tötet drei, vier, viele Faschisten!" Dieser Ausspruch diente nun der anderen Position dazu, uns vorzuführen und Außenstehenden gegenüber unseren Standpunkt lächerlich zu machen und als durchgeknallt erscheinen zu lassen. Unser Standpunkt drückt sich jedoch sehr gut in der Parole aus, die wir für die von uns organisierte Demonstration einen Tag vor Prozeßbeginn gewählt hatten: "Kaindl war kein Opfer!" Damit wollten wir aufzeigen, daß nichts moralisch Verwerfliches dabei ist, daß ein Faschist zu Tode kam, egal welche taktischen Anforderungen dabei außer acht gelassen wurden. Diese Sichtweise ist vor allem deswegen wichtig, um zum einen denen den Rücken zu stärken, die dieser Tat beschuldigt wurden, zum anderen aber, um keine Spaltung aufkommen zu lassen in "gute" und "böse" Beschuldigte, die als alleinige Konsequenz nur die Aburteilung der sog. Bösen zur Folge haben kann. Denn diese Spaltung war genau die Zielsetzung des Schlußwortes der vorsitzenden Richterin Eschenhagen, wobei sie sowie alle bürgerlichen, gerade einmal Lichterketten organisierenden Vereinigungen zusammen mit einer Vielzahl staatlicher Institutionen selbstredend den guten antifaschistischen Teil ausmachen, alle diejenigen jedoch, die offensiv gegen den ansteigenden Faschismus vorgehen, also in dem in Deutschland üblichen Sinne militant sind, die bösen, zur Aburteilung freigegebenen antifaschistischen Linken sind. Doch das Entscheidende an dieser Spaltung ist, daß mit ihr die Komplizenschaft sämtlicher staatlicher Stellen mit dem faschistischen Terror verwischt wird

2 Diese Forderung wurde das einzige Mal auf der von uns organisierten Demonstartion am 19.9.94 ausgesprochen und führte dazu, daß sofort die Angehörigen Bazdins zu uns an den Lautsprecherwagen kamen und erklärten, Bazdin würde seine Aussagen zurückziehen und sei damit kein Verräter mehr.

3 So sehen wir auch keinen Grund, uns von der Art zu distanzieren, wie Kaindl starb. Die Tatsache der Erstechung ist für uns nur ein Ausdruck der begrenzten Möglichkeiten, die zumindest im Moment die legale Linke vorfindet. Der Tod eines Faschisten genauso wie der Umstand der Erstechung sind für uns mit keiner moralischen Kathegorie zu bestimmen, sondern geschehen aufgrund der existierenden Realität und die sich daraus ergebenden Bedingungen.

Verurteilung unter fünf Jahre um bis zu 80% erhöht werden könnten. In unzähligen Besuchen wurde nun Fatma, die als einzige Aussagen kategorisch ablehnte, bedrängt. Der Höhepunkt dieses schon als Psychoterror zu bezeichnenden Drucks war eine gemeinsame Initiative der Anwälte und der deutschen Justiz. Es wurde ein gemeinsames Treffen im Knast zwischen Mehmet und Fatma zusammen mit den Anwälten organisiert, auf dem Fatma umgestimmt werden sollte.

Dieser einmalige Vorgang in der bundesdeutschen Justizgeschichte wurde nie grundlegend hinterfragt. Wir behaupten, daß die deutsche Justiz, wenn sie dieses Treffen arrangiert, nichts Sicheres in den Händen hält und deswegen die Aussagen zur Aburteilung der Gefangenen braucht. Jedenfalls war das letzte Mal, daß Linke im Knast zusammenkommen konnten fast 20 Jahre her, als Gudrun, Ulrike, Andreas und Jan im Stammheimer Prozeß abgeurteilt werden sollten. Doch anders als im Kaindl-Verfahren erkämpften sich diese Gefangenen damals ihr Recht mit mehreren Hungerstreiks.

Doch so wie dieser Hintergrund regelmäßig ausgeblendet wurde, wurde alles verdrängt, was die ausgearbeitete Strategie gefährden konnte. So behauptete Kliesing schon im Mai mehrmals, daß sich aus der "Aktenweitergabe des Polizeilichen Staatsschutzes" an faschistische Organisationen "kein Kapital schlagen" lasse. Gleiches galt für die zweifelhaften Ermittlungsmethoden wie für die Verwertbarkeit der Aussagen Erkans und Bazdins. Es wurden weit mehr Energien verwendet, um den beiden entgegengesetzte Aussagen zustande zu bekommen, als den Aussagen der beiden den festen Boden zu rauben, auf dem sie aufgebaut waren. Dabei war dies bei Erkan sogar relativ einfach, da seine offensichtliche psychische Erkrankung Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit förmlich aufdrängte. Tatsächlich wurden seine Aussagen schließlich vom Gericht mit einem Verwertungsverbot belegt. Dies hätte aber schon weit früher erreicht werden können, genauso wie diese Erkrankung auch in der Solidarisierungskampagne einen breiteren Raum hätte einnehmen müssen.

Die Gruppe um Abidin erreichte schließlich ihr Ziel der Aussagebereitschaft. Selbst Mehmet ging diese Linie mit, die einzige, die dem im Prozeß entgegenstand, war Fatma. Doch auch sie nahm an diesem Punkt eine sehr schwammige Haltung ein. Jedenfalls verlangten ihre Anwälte von den anderen sie entlastende Aussagen. Wäre sie dagegen gewesen, hätte sie ihre Anwälte zurückpfeifen mussen. So aber bezog auch sie keine eindeutige Position. Für uns bedeutete die zu entscheiden, ob wir mit unserer Linie weiterfahren und damit eine Spaltung herbeiführen. Denn mit dieser Entscheidung für Aussagen standen die speziellen Interessen der Gefangenen gegen die allgemeinen Interessen der Linken. Auch wenn wir uns daraufhin weitestgehend zurückzogen, um diese Spaltung zu vermeiden, denken wir nachwievor, daß es nicht im Interesse der Linken sein kann, mit Aussagen einzelne extrem zu belasten, dafür aber den eigenen Arsch zu retten. Jedenfalls ist Cengiz mit diesen Aussagen jede Möglichkeit genommen, je wieder zurückkehren zu können.

Dies liegt nicht nur an den Aussagen Bazdins, sondern auch an der Annahme der gerichtlichen Konstruktion eines "Mister X", der für den Tod Kaindls verantwortlich sein soll. Wir sehen nicht, daß hier eine Falle für die Gefangenen aufgebaut wurde, in die sie unbeabsichtigt hineintappten. Denn schon im April hieß es, Cengiz zu opfern. Doch nicht nur Cengiz wurde geopfert, sondern ebenso die nach den Schüssen von Frankfurt mühsam erarbeitete Aussageverweigerung, weshalb wir nur hoffen können, daß andere sich diesen Prozeß nicht zum Vorbild nehmen.

Die Verantwortung für diese katastrophale Prozeßführung trägt vor allem die Gruppe um Abidin, aber auch alle anderen, die sich von ihr einseifen ließen, trugen dazu bei. So ist es eine billige Ausrede der wenigen Immigrierten, die sich nach der Auslösung der Repression überhaupt noch blicken ließen, sowie von Cafe Morgenland, nach dem Prozeß zu behaupten, von den Konsequenzen nichts gewußt zu haben. Wir haben immer auf diesse Konsequenzen hingewiesen, doch als eine Änderung noch möglich war, wurde auf uns nicht gehört. Die jetzigen Äußerungen mögen einer gewissen Verdrängung zu schulden zu sein. Keine Verdrängung jedoch ist der Hintergrund für die Show, die Kliesing zu Ende des Prozesses abzog. Seine Inszenierung des politischen Skandals war aufgrund seiner vorherigen Leugnung dreist und diente einzig seiner eitlen Profilierungssucht.

Kommen wir zum Schluß zu dem letzten Punkt des Zerwürfnisses, der auch gut das Politikverständnis der Gruppe um Abidin widerspiegelt. Diese Gruppe hat immer wieder versucht, wichtige Positionen in gerade geschaffenen Gremien zu besetzen, um damit eine strukturelle Macht ausüben zu können. So nahmen sie sofort das Zeitungsprojekt in Beschlag, sowie das Buro und das Konto. Da wir aus der aktiven Basisarbeit kommen, erkannten wir die sich daraus ergebenden Probleme zu spät und überließen ihnen dadurch einen politischen Raum, den sie skrupellos ausnutzten. Es ist unser Fehler, daß wir z.B. nicht sofort in das Zeitungsprojekt gingen und deswegen liegt es auch in unserer Verantwortung, daß die Zeitung so schlecht wurde. Als wir dies erkannten, verweigertete die andere Position uns die Mitarbeit, weshalb wir später eine eigene Nummer machten, die Herzrythmusstörung. Das Argument für diese Verweigerung war ein anfänglich wegen einer möglichen Repression geschriebenes Vorwort der ersten Nummer der Herzschläge, in dem öffentlich nur ein unbestimmter Teil des Unterstützungskomitees als Herausgebende der Zeitung fungierte. Intern jedoch sollte es die Zeitung des gesamten Komitees sein. Wie geschulte Staubsaugerverkaufende zogen sie nun das zum Vertrag gewordene Vorwort hervor und verlangten die Realisierung dessen, was auf dem Papier stand. Als diese Position schließlich erkannte, daß sie uns nicht so einfach übertölpeln konnten, ging sie sogar soweit das Unterstützungskomitee zu spalten und zu einem eigenen Treffen aufzurufen. Einer dieser Position bezeichnete noch im Januar diesen Jahres diesen Schritt als "legitim", da unseren "politischen Vorstellungen kein Raum geboten werden durfte." Dieser Politikstil ist uns bei dieser Gruppe schon oft negativ aufgestoßen. So kungelten sie für die große Demonstration in Rostock mit der SPD und verließen deswegen kurz vor den ihnen bekannten Polizeisperren den von ihnen selbst organisierten Berliner Konvoi und wurden ohne Kontrollen von der Polizei durchgelassen. Hinter ihnen schloß die Polizei jedoch die Sperre und durchsuchte den gesamten Konvoi. Solche Art Politik nennen wir Machtpolitik der übelsten Sorte. Es wäre bestimmt interessant, genau nachzugucken, ob diese Gruppe überhaupt noch autonome Politik betreibt. Unsere Forderung an diese Gruppe bleibt auf jeden Fall bestehen, endlich eine Abrechnung des Solikontos vorzulegen und diese zu veröffentlichen!

Als Ergebnis des gesamten Verfahrens können wir nicht von einem politischen Erfolg reden. Wir sehen eher, daß in Zeiten großer Not wieder einmal Teile der Linken gewogen und als zu leicht befunden wurden. Für uns jedenfalls besteht der einzige Erfolg der Kampagne darin, daß es der Polizei von sich aus nicht gelang, auch nur eine/n der Gesuchten zu finden und zu verhaften. Dies zeigt, daß sie nicht so stark sind und gibt uns die Hoffnung, daß die Fahndung gegen unsere drei Freunde Thomas, Peter und Bernd, die seit neuestem gesucht werden wegen einer angeblichen versuchten Sprengung eines Abschiebeknastes, nun genauso ins Leere läuft wie die Fahndung im Fall Kaindl.

Denkt dran: Gesuchte brauchen viel Geld.

Liebe und Kraft für Thomas, Peter, Bernd und Cengiz

einige von derBasis

Zur Kampagne
"Kein Konzert mit Sexisten und Vergewaltigern"

Zur Vorgeschichte : Am 9. Juni 1995 fand auf dem Sportplatz Corveystraße ein Open-Air-Konzert mit der Gruppe "Heiter bis Wolkig" (HbW) und diversen anderen Gruppen statt. Der Veranstalter, ein Sascha Twele, ist Redaktionsmitglied der dem Fanladen St. Pauli nahestehenden Zeitung "Der Übersteiger". Der St.Pauli-Fanladen war die einzige Vorverkaufsstelle und hat das Konzert entscheidend mitgetragen. Das Konzert stand unter dem antifaschistischen Motto "Kein Vergeben, Kein Vergessen" und wurde auf dem Plakat als "10% political correct" angekündigt. Der Veranstalter bezeichnete das Konzert auf einem Treffen in der Flora am 14.5.95 als Antifa-Konzert. Außerdem wolle er der Gruppe HbW die Möglichkeit geben, endlich wieder auftreten zu können.

Seit dem 7.2.94 in der Roten Flora waren mehrfach Konzerte dieser Gruppe aufgrund sexistischer Inhalte und Darstellungsformen in verschiedenen Städten gestört oder verhindert worden. Mitte Mai 94 wurde gemeinsam von der betroffenen Frau und ihrem FrauenLesben-Zusammenhang in Paderborn öffentlich gemacht, daß das Bandmitglied Michael ein Vergewaltiger ist. Ein anderes Bandmitglied stieg daraufhin aus der Gruppe aus. Der Rest machte weiter und setzte sich in keinster Weise mit den Vorwürfen auseinander. Die Gruppe benannte sich bezeichnenderweise in "Härter bis Wolkig" um. Im Vorfeld des Konzerts wurde bekannt, daß dort weitere Gruppen mit total üblen sexistischen Texten auftreten, insbesondere die Gruppen "Kassierer" und "Terrorgruppe".

Für viele Menschen aus unterschiedlichen politischen Zusammenhängen war der Auftritt von Sexisten und Vergewaltigern unter einem antifaschistischen Motto eine unerträgliche Provokation.

Worum geht es dabei inhaltlich?

In der Entwicklung der linken Bewegung der letzten Jahre ist zunehmend erkannt worden, daß es in dieser Gesellschaft verschiedene Macht- und Unterdrückungsverhältnisse gibt, die zusammenhängen und sich gegenseitig bedingen: Kapitalismus, Sexismus, Rassismus, Faschismus, die Diskriminierung sog. Behinderter und andere Herrschaftsverhältnisse. Es kann innerhalb einer linken Bewegung niemand gegen Kapitalismus sein, die/der sich gegen das Bleiberecht von Flüchtlingen ausspricht. Es kann keinen antifaschistischen Kampf geben, der die patriarchalen und sexistischen Strukuren dieser Gesellschaft ausblendet. Und es kann niemand gegen Sexismus sein, für die/den es so etwas wie ein "unwertes Leben" gibt.

All diesen Machtverhältnissen ist gemeinsam, daß es ein Oben und Unten , TäterInnen und Opfer gibt. Weiße Deutsche können nicht bestimmen, wann und inwieweit Flüchtlinge von Rassismus betroffen sind. Dies entscheiden MigrantInnen selbst und nur sie können es entscheiden. Weiße Deutsche können sich dazu solidarisch verhalten. Männer können nicht bestimmen, wann und wie Frauen sich von ihnen belästigt fühlen, welches Verhalten sexistisch ist und welches nicht, oder gar, wo Gewalt gegen Frauen anfängt. Männer können versuchen, ihre Machtstrukturen zu ändern und an sich zu arbeiten. Einzig und allein Frauen bestimmen, was Sexismus und Gewalt gegen Frauen ist. Männer können sich dazu solidarisch verhalten.

Wer diesen Grundsatz nicht anerkennt, macht Gewalt gegen Frauen zur Glaubens- oder Beweisfrage. Dies ist keine neutrale Rolle, sondern Parteinahme für die HERRschenden im Machtverhältnis Patriarchat. Dies ist genau die Rolle, die ganz überwiegend männliche Schergen, Staatsanwälte und Richter einnehmen, wenn betroffene Frauen Männergewalt öffentlich machen.

Ziel und Verlauf der Kampagne:

Ziel war die politische Mobilisierung gegen das Konzert und dessen praktische Verhinderung. Dabei war die Kampagne anfangs nur auf HbW beschränkt, einerseits weil die sexistischen Texte der anderen Gruppen zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt waren und andererseits, weil sich unser Umgang (besonders der einiger Männer) mit sexistischem Verhalten oft nur an Extrempunkten festmacht.

Das Ziel der praktischen Verhinderung des Sexisten-Konzerts ist nicht erreicht worden. Wir haben hierbei den schweren Fehler gemacht, trotz vorhandener Skepsis auf das koordinierte Täuschungsmanöver von HbW und Fanladen, der fingierten Konzertabsage von HbW, hereinzufallen. Die angebliche Absage wurde nicht genau genug recherchiert. Das an den Infoladen Schwarzmarkt gerichtete gefälschte Fax des Fanladens war von Imme unterschrieben, einer Frau aus dem Fanladen, die für einige von uns in dem Konflikt in einer eher vermittelnden Position und durchaus noch als Gesprächspartnerin angesehen wurde.

Wir ziehen daraus unsere Konsequenzen, was den Umgang mit dem Fanladen in seiner Gesamtheit angeht. Wir wissen, daß es im Umfeld vom Fanladen und "Übersteiger" auch einige kritische Stimmen gibt. Sie müssen sich öffentlich äußern und Stellung beziehen!

Ein solcher Fehler wird sich nicht wiederholen. Er ist auch deshalb ärgerlich, weil auf Basis der vermeintlichen Absage von HbW bestimmte militante Aktionen gegen das Konzert abgeblasen wurden, die das Konzert eventuell noch zum Platzen gebracht hätten.

Verlauf der Kampagne:

Anfang Mai: erster Hinweis auf das Konzert in der Zeck mit Aufruf zu einem Treffen

14.5.: Treffen einiger Leute aus verschiedenen politischen Zusammenhängen und (überraschenderweise) ca. 30 z.T. angetrunkener St.Pauli-Fans + Veranstalter Sascha Twele (Verlauf siehe 1. Flugblatt)

Im Folgenden: Mehrere Plena: Diskussionen über Flugblatt, Überlegungen zu Aktionen im Vorfeld (Musikverleih, Schule, Platz) und Einschätzungen zum Tag des Konzerts

26.5.: St.Pauli-Spiel: 3500 Flugis werden verteilt, Werbewände werden überplakatiert und zu Lesewänden

29.5.: Auf den Sportplatz wird die Parole der Kampagne eingeritzt

31.5.: 400 Flugis werden morgens vor dem Gymnasium Corvey verteilt

?.6.: Der Fanladen ist einen Tag geschlossen: Verklebte Türen...

6.6.: Besuch beim Anlagen- und Gerüstverleih amptown: Freundlich-bestimmtes Plakat an die MitarbeiterInnen und Flugis werden an die Hauswand gebappt, die weiße Wand ziert ein bunter Schriftzug

7.6.: amptown ruft bei einer Unterzeichnenden-Gruppe an und lügt dreist, sie hätten mit nix was zu tun

7.6.: Fanladen und HbW lancieren ein Fax über den Schwarzmarkt an uns: HbW würde auf Grund der "nicht zu gewährleistenden Sicherheit" nicht kommen; massive Aktionen werden abgesagt

8.6.: Fingierte Telefonate mit amptown bestätigen: Sie sind der Verleih und haben inzwischen das LKA und die Schergen eingeschaltet

9.6.: Vor dem Konzertplatz werden Flugis verteilt, Diskussionen geführt und ein Transpi gemalt. Das Konzert findet mit allen sexistischen Bands statt und HbW tritt doch auf.

10.6.: Der Fanladen schickt ein hämisches Fax an Schwarzmarkt und Taz.

11./26.6.: Erste Nachbereitungstreffen.

18.6.. Besoffene Fans fahren anläßlich des Aufstiegs von St.Pauli vor die Flora und skandieren "Titten raus", "Flora raus" und "Scheiß Rote Flora"

Politisch sehen wir die Kampagne eher als Erfolg an. Die Problematisierung des Zusammenhangs zwischen Sexismus/Patriarchat und Antifaschismus fand gerade unter St.Pauli-Fans wie auch bei ganz jungen Leuten unerwartet große Resonanz. Das Flugblatt "Kein Konzert mit Sexisten und Vergewaltigern" wurde in großer Auflage verteilt (s. Kasten). Die meisten lasen es, viele diskutierten darüber und einige - von denen wir es wissen - entschieden sich aufgrund dessen, nicht zum Konzert zu gehen. Am 9.6.95 wurde vor und während des Konzerts ein aktualisiertes Flugblatt verteilt. Hier war die Reaktion gespalten:
Viele meist jüngere Leute, die von dem Konflikt bisher nichts wußten, lasen das Flugblatt, einige kehrten spontan um oder besuchten das gleichzeitig stattfindende Antifa-Konzert in Langenhorn. Andere hingegen machten dumme und sexistische Sprüche.

Am Konzert selbst fanden wir zwei Dinge bemerkenswert:

1.) Das Konzert wurde nur von etwa 250 Personen (incl. Schergen) besucht. Es war somit ein Reinfall, auch finanziell, hatte der Veranstalter doch nach eigenen Angaben mit 1000 BesucherInnen kalkuliert. Wir führen dies weniger auf das Wetter zurück (trübe, aber kein Regen), sondern auch auf die von uns geführte Boykott-Kampagne.

2.) Das Konzert fand unter Polizeischutz statt!! Die Pseudo-AntifaschistInnen vom Fanladen/"Übersteiger" waren sich nicht zu blöde, ihr Antifa-Konzert gemeinsam mit fünf Wannen Polizei und einigen Zivis durchzuführen. Veranstalter Sascha hatte sein Konzert zuvor als Antifa-Konzert bezeichnet. Bei dem Gespräch am 14.5.95 hatten sich mehrere Fan-Laden-AktivistInnen ihrer langjährigen antifaschistischen Arbeit gerühmt. Der Anblick hat uns schon belustigt, wenn es nicht so traurig wäre: Pseudo-AntifaschistInnen Hand in Hand mit Schergen schützen Sexisten und Vergewaltiger.

Kampf dem Sexismus - Politische Isolierung des St.Pauli-Fanladens:

Die, die das Sexisten-Konzert durchsetzen und erklärtermaßen notfalls durchprügeln wollten, und die, die letztlich auch hingegangen sind, waren wenige. Und mit denen haben wir, die sich hier um den Aufbau einer linksradikalen Bewegung bemühen, nichts, aber auch gar nichts (mehr) gemeinsam. Denn sie wissen genau, was sie tun. Sie wollen ihre männliche Macht gegen Frauen durchsetzen. Sie wollen ihr sexistisches Macker-Verhalten ausleben. Sie ignorieren bewußt die betroffene Frau und erklären

Michael/HbW zum Nicht-Vergewaltiger. Sie setzen den Auftritt offen sexistischer Bands in Prügelbereitschaft und notfalls unter Polizeischutz durch.
Sie stehen klar auf der anderen Seite, haben mit einer linken oder antifaschistischen Bewegung nichts zu tun. Mit ihnen wird es auch im Rahmen antifaschistischer Aktionen keinerlei Zusammenarbeit geben. "St.Pauli Fans gegen Rechts" - aus dem Mund von Sexisten eine leere Phrase.
Wir werden sie politisch isolieren, bundesweit, auch unter linken Pauli-Fans in anderen Städten.

Wir zählen mal auf, wer uns im Rahmen der Kampagne im Vorfeld und während des Konzerts besonders unangenehm aufgefallen ist:
- der überwiegende Teil des St.Pauli-Fan-Ladens, insbesondere der selbsternannte Führer und Obermacker Sven Brux, der Leute bedroht und auch für einige Pauli-Fans nicht länger tragbar ist.
- der überwiegende Teil des "Übersteiger", darunter ebenfalls Brux und der Veranstalter Sascha Twele
- ein Haufen völlig zugesoffener Dumpf-Punks, von denen einige nach dem Aufstieg St.Paulis am 18.6.95 pöbelnd vor die Rote Flora zogen
- eine uns vom Sehen her bekannte Gruppe von Sharps, die auf dem Konzert mit Gesängen wie "Wir sind Sexisten und keine Linksfaschisten" auffiel
- die Musikgruppe "Alter Kutter", die durch besonders dumme sexistische Sprüche auffiel (inzwischen hat die Band im Störtebecker Hausverbot).
- die Betreiber des Lokals "Zum letzten Pfennig" in der Clemens-Schultz-Straße, Treffpunkt von St.Pauli-Fans (Werbeslogan "Prima leben und saufen")
- und die Infrastruktur: Musikanlagenverleiher amptown, Haldesdorfer Straße 46b, 22179 Hamburg.
(diese Aufzählung ist unvollständig, klar!)

Zum gemischten Plenum:

Die Kampagne "Kein Konzert mit Sexisten und Vergewaltigern" gegen den Auftritt von HbW und den anderen sexistischen Bands wurde von einem Plenum von Frauen und Männern aus verschiedenen linken Zusammenhängen getragen. Da antisexistische Aktionen in der Vergangenheit meist von FrauenLesben-Gruppen oder auch von schwulen Gruppen, seltener von Hetero-Männern ausgingen, ist diese punktuell gemischte Aktionsform "neu" und muß auf ihren Charakter hin analysiert und kritisiert werden:

Der Einstieg gestaltete sich als schwierig, da die Initiative für die gemischt konzipierte Kampagne von Männern ausging. Anfangs beteiligten sich nur wenige Frauen. Deshalb bekamen die Diskussionen schnell ein Ungleichgewicht. Statt sofort auf die anwesenden Frauen zuzugehen, wurden diese teilweise ausgegrenzt und durch den Männerhaufen abgeschreckt.









Protokoll 9.6.

15:30 Uhr: Treffen am Sportplatz an der Corveystraße (10-20 Menschen von uns). Sascha Twele, einige HelferInnen, wenige BesucherInnen und fünf Schergen sind auch schon da. Im Laufe des Nachmittages werden wir 30-40 Leute. In Gruppen verteilen wir Flugis - vor allem mit Jüngeren/SchülerInnen gibt es Diskussionen und Gespräche. Ein Transparent ("Kein Kommentar: Sexistische St.Pauli-Fanteile und Schergen Hand in Hand fürs Patriarchat") wird gemalt und vor dem Eingang gehalten.
ca. 16:30 Uhr: Sven Brux taucht wutschnaufend auf, schlägt einem Flugis aus der Hand und zerreißt noch eins. Weitere 40 Schergen kommen in Wannen angefahren - ansonsten halten sich die OrganisatorInnen, Schutzleute und Schergen einigermaßen zurück.
ab 17:00 Uhr: Es sickert durch, daß zwei Männer von HbW gesehen wurden. Es ist unklar, ob HbW auftreten wird. Ein Typ stellt sich vors Transparent, packt seinen Schwanz aus und will das Transparent bepissen, was ihm wegen "Pisshemmung" nicht gelingt. Er wird von einer Frau lautstark aufgefordert, seinen Schwanz wieder einzupacken, was er zunächst nicht tut. Dann wird er von einem Mann weggeschubst. Eine Frau nimmt ihn in den Schwitzkasten und reißt ihn zu Boden. Dort wird er noch von einer Frau zusammengeschrien, bis er wieder aufstehen kann. Es kommen zunehmend ätzende BesucherInnen, die Stimmung wird alkiger und aggressiver.
ca. 18:30/19:00 Uhr: Der Großteil von uns fährt zurück in die Schanze.
19:30 Uhr: HbW spielt doch. Leider sind wir nur noch wenige, so daß wir das Konzert nicht verhindern können bzw. andere Aktionen nicht (mehr) möglich sind. Schergen und Punks plaudern angeregt auf dem Platz/während des Konzerts miteinander.
20:00 Uhr Die Letzten fahren zurück ins Viertel.

Die Plena waren männerdominiert: dies gilt sowohl zahlenmäßig als auch im Auftreten/Verhalten von Männern. So wurden Frauen-Beiträge abgebügelt oder ihren Äußerungen weniger Beachtung geschenkt. Die Experten-Einschätzungen kamen von Typen. Es wurde bei der Verteilung von kleineren Aktionen kaum auf zögernde oder unsichere Menschen eingegangen. Allgemein haben wir uns in den Diskussionen wenig aufeinander bezogen.
Auf den Plena wurde nicht tiefergehend Inhaltliches zum Geschlechterverhältnis diskutiert. Wir haben uns nicht die Zeit genommen, um darüber genauer zu reden, unsere eigene unterschiedliche Betroffenheit miteinzubringen. Dennoch wurden verschiedene Ansätze von Frauen und Männern deutlich, sowohl in der politischen Analyse als auch in der Herangehensweise an Aktionen: In der Frage des Umgangs mit den anderen Bands waren die Forderungen von vielen Frauen weitgehender als die von vielen Männern. Es waren Frauen, die immer wieder versuchten, das Augenmerk auch auf diese Bands zu lenken.
Manchen Männern war es nicht möglich, die Prügeldrohung der St.Pauli-Fans zu umgehen und auch persönliche Empfindungen und Ängste wurden nicht thematisiert. Sorgen wurden höchstens als objektive Unmöglichkeiten zu handeln, Tatsachen oder reale Bedrohungen verkauft. Dadurch wurde die Entwicklung anderer Ideen und Handlungsmöglichkeiten blockiert. Dagegen wußten besonders bei technischen Fragen Männer zu helfen, das Plenum lebte regelrecht auf.

Diese Kritik bedeutet keine generelle Absage an punktuell gemischte Kampagnen, doch wollen wir die Beobachtungen aus dem Verlauf dieser Diskussion in unsere zukünftigen Auseinandersetzungen miteinfließen lassen.

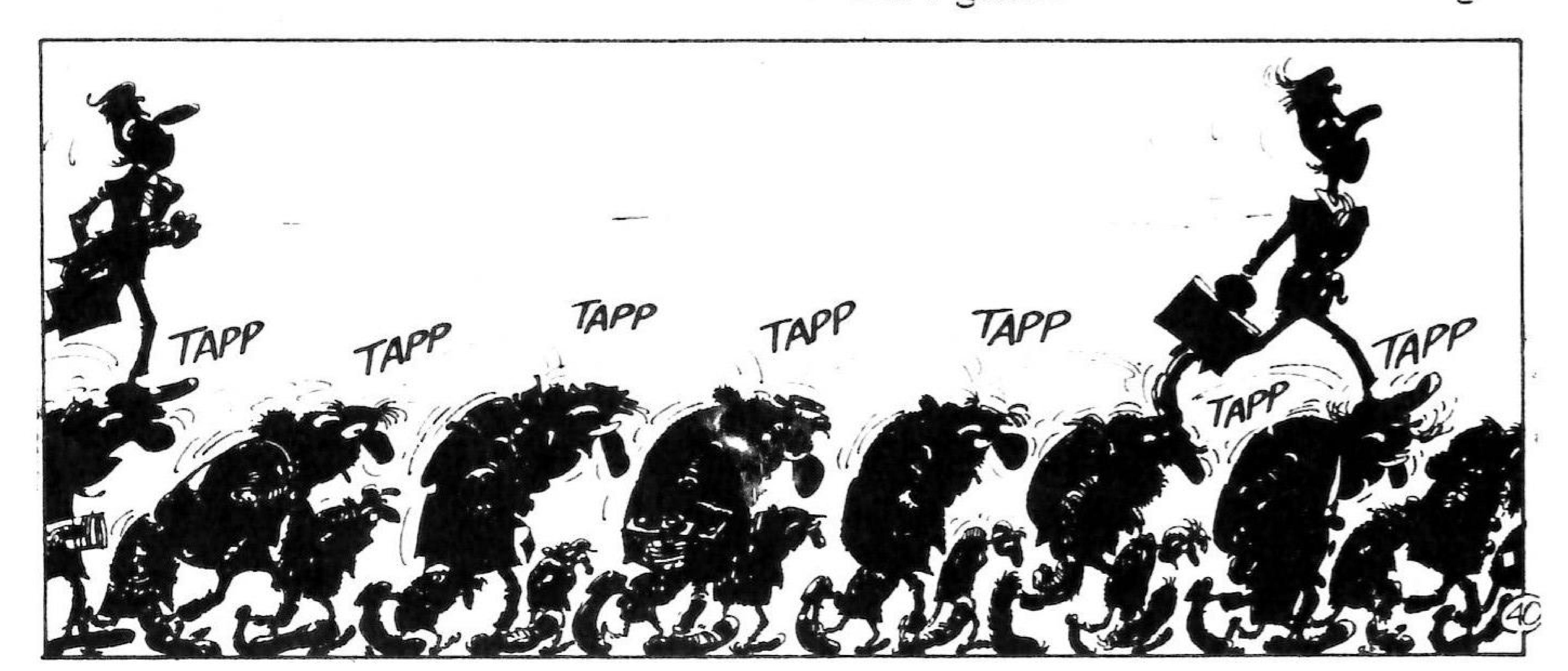
Hier muß diskutiert werden, wie die Verteilung von Aktionen innerhalb einer gemischten Kampagne aussehen kann und muß. An diesem Punkt stellten sich vor dem Konzert beispielsweisedie Fragen: Welche schreiben die Flugis, welche segnen sie ab, welche verteilen sie? (Gerade beim letzten Flugi tauchte das Problem auf, daß einerseits von Männern eingefordert wurde, die Arbeit zu leisten und es zu verfassen, daß es andererseits aber auch Frauen waren, die sie verteilen wollten - ohne so schließlich Einfluß auf Formulierungen und Inhalte zu haben).
Auch die Diskussion um "Sieg" und "Niederlage" und unseren Umgang damit muß weitergeführt werden: Wo sind angesichts einer möglichen Niederlage die Grenzen zwischen verletztem Kämpferstolz und sinnvoller Abschätzung etwaiger negativer Folgen?
Für Männer wird sich die Frage stellen, wie sie in solchen Kampagnen Position beziehen können, ohne die eigene (Täter-)Stellung zu leugnen, und wie sie Eigenanteile thematisieren können, ohne anbiedernd zu wirken.
Schließlich haben wir es versäumt, in bestimmten Phasen der Auseinandersetzung auch getrennte Plena abzuhalten. Diese machen auch im Rahmen einer gemischten Kampagne einen Sinn und bieten die Möglichkeit, die Diskussion zu intensivieren und zu erweitern.

Bleibt schließlich festzuhalten, daß weiterhin gilt: einzelne gemeinsame Aktionen bedeuten keinen einheitlichen Kampf von Männern und Frauen gegen patriarchale Strukturen. Diese sind nur punktuelle Bündnisse und dürfen nicht die unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Interessen, sowie die auch in der Kampagne nicht aufgelösten Herrschaftsverhältnisse verwischen.

Der Kampf gegen Sexismus und Faschismus ist unteilbar!

Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft!

2 Anarchafeministinnen, 1 Frau, 1 autonomer Mann aus 1 Männerzusammenhang und 1 autonomer Mann aus 1 gemischten Zusammenhang



Schlammschlacht ohne Ende??





Hallo allerseits!

Wir sind zwei junge männliche Menschen, die in den letzten Jahren mit XY viel zu tun hatten und haben. Wir waren beide mit ihm zusammen und überblicken XY den Zeitraum der letzten acht Jahre ziemlich genau. Deshalb wollen wir uns hiermit zu Wort melden, damit nicht nur über sondern auch mit uns geredet wird, wie es zum Teil ja schon geschehen ist. Aber wir wollen hier die Leute erreichen, mit denen wir sonst nichts zu tun haben und die nicht wissen, wie sie uns erreichen könnten.

Wir reden in Bezug auf XY aus eigener Erfahrung (und intensiven Gesprächen mit Leuten, die ebenfalls mit XY zusammen waren und sind) **nicht** von Mißbrauch. Das heißt nicht, daß wir XY kritiklos gegenüberstehen, aber für uns ist es wichtig, ihm gegenüber die Kritik zu formulieren und uns **mit** ihm auseinanderzusetzen. Natürlich werden wir, wenn konkrete Fälle von Mißbrauch bekannt werden würden, uns XY gegenüber eindeutig und konsequent verhalten.

Generell ist zu sagen, daß homo- und heterosexuelle Beziehungen ätzend laufen können - aber nicht müssen. Mißbrauch ist nicht von der Sexualität abhängig, sondern von den Menschen, die dahinterstehen. Die Diskussion ist also im Prinzip nicht falsch. Aber bitte nicht in Form einer komproßmißlosen Vorverurteilung. Es ist daneben, daß XY mit Duhm, Rutschky und Wolff - von denen wir zweifellos nichts halten - wie selbstverständlich auf eine Stufe gestellt wird.

Die Fraktion gegen Nebenwidersprüche wirft XY unter anderem "hierarchisch sexuelle Ausbeutung" vor. Wir halten diesen Vorwurf XY gegenüber für falsch, weil die Beziehungen von XY zu jüngeren bzw. von jüngeren zu XY keine Ausbeutungsverhältnisse waren.

Das Alter von Menschen drückt nicht ihre geistige Reife und Selbständigkeit aus. Beziehungen zwischen älteren und jüngeren Menschen sind für uns nicht automatisch sexueller Mißbrauch. Der Altersunterschied kann (wie tausend andere Gründe in jeder anderen Beziehungsform) sexuelle Ausbeutung hervorrufen, muß es aber nicht automatisch tun. Natürlich gibt es Machtgefälle in fast jeder Beziehung, nicht nur in solchen von Älteren zu Jüngeren, zum Beispiel gerade auch in heterosexuellen Beziehungen. Aber Erfahrungsunterschied muß nicht automatisch ausgenutzt werden. Auch bei anderen Beziehungen als bei homosexuellen zwischen jung und alt kann es eine Fixierung auf die/ den andere/n als "Hauptbezugsperson" geben.

Auch die alleinige Reduzierung auf das sexuelle in diesen Beziehungen halten wir für falsch. Sexualität ist nur ein Teil einer Beziehung. Auch bei uns. Auch bei XY. Weiterhin wirft die Fraktion gegen Nebenwidersprüche XY vor, Jugendliche von sich materiell und emotional abhängig zu machen.



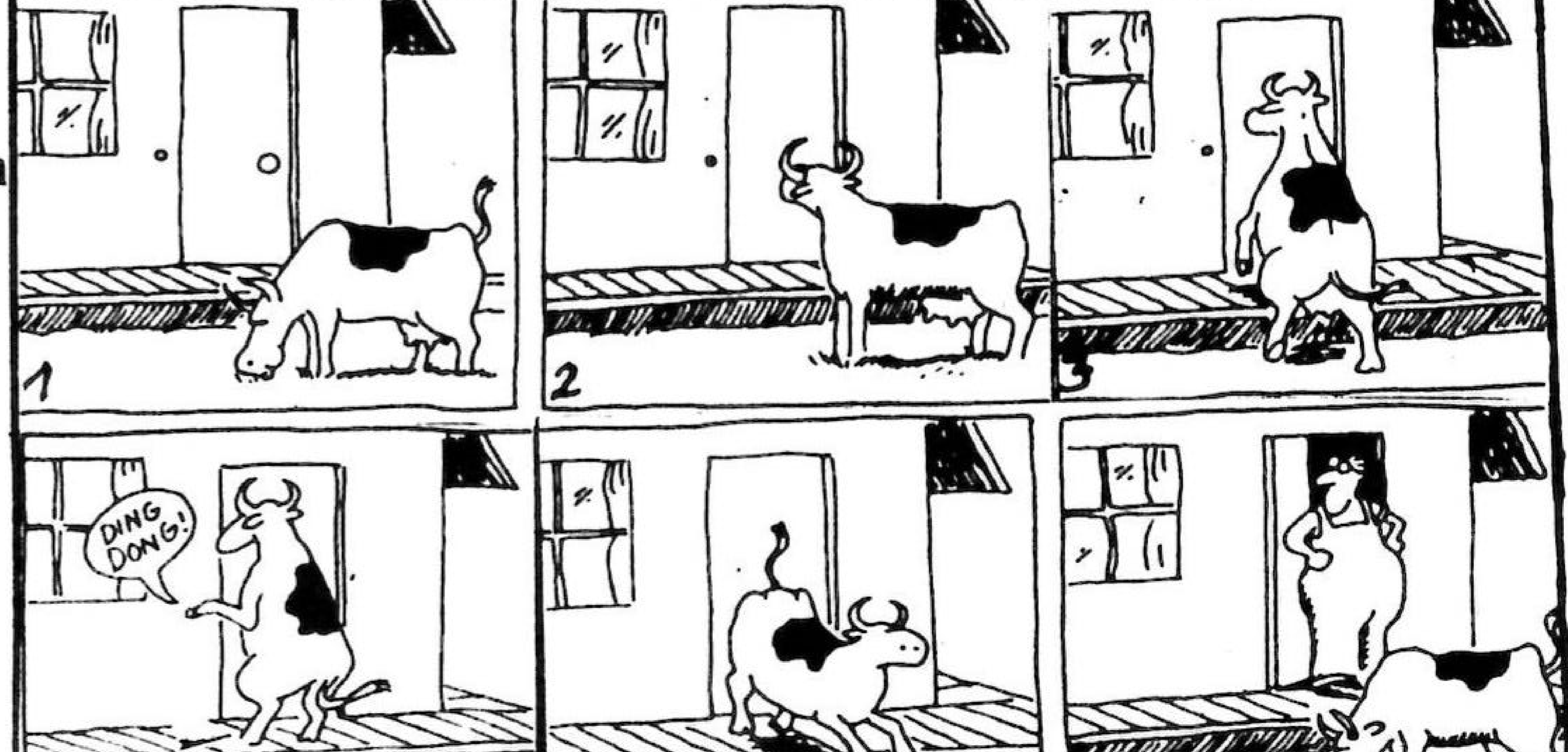
Zur materiellen Abhängigkeit: Wovon? XY ist pleite, seine Mitbewohner sind finanziell viel besser dran als er. Ohne sie könnte er in ihrer Wohnung nicht mehr wohnen.


Zur emotionalen Abhängigkeit: XY hat enge emotionale Beziehungen zu Menschen (auch, aber nicht nur zu jungen Männern), mit denen er keinerlei sexuellen Kontakt hat, hatte oder haben will. Wir haben eine gute menschliche Beziehung zu XY, obwohl sexuell schon lange nichts mehr läuft. "In den Arm nehmen, knuddeln, Küßchen hier und Küßchen da" - das waren und sind selbstverständliche Verhaltensweisen von uns untereinander, kein besonderes Phänomen von XY gegenüber Jungs. XY hatte seine Freundschaften und Zuneigung nie an Sex gebunden. Desweiteren sollte allgemein bekannt sein, daß zu einer Beziehung zwei Menschen gehören, die eine Beziehung wollen. So auch bei diesen Beziehungen. Es ist längst nicht so, daß die Beziehungen nur von XY ausgegangen sind. Wir beide haben im Laufe der Zeit mitgekriegt und kriegen heute noch mit, daß XY sich der Altersdifferenz in diesen Beziehungen bewußt ist. Es ist nicht der Fall, daß XY seinen Altersvorsprung ausblendet und sich so der damit verbundenen Verantwortung entzieht. Er geht mit seinem Altersvorsprung um, und er versucht mit ihm so korrekt und verantwortungsbewußt umzugehen, daß keine hierarchische Beziehung entsteht. Er weiß, daß durch seinen Altersvorsprung diese Gefahr bestehen **kann**. Er achtet aber selbst darauf, daß die Beziehungen, die er eingeht, auf einem gleichberechtigten Niveau laufen. Aber nicht nur er, auch Leute, die näher mit ihm zu tun haben. Wir können uns nicht (aus den Erfahrungen, die wir mit XY gemacht haben) vorstellen, daß XY "hierarchisch-sexuelle Ausbeutung" betreibt. Wenn das doch der Fall wäre oder werden würde, würden wir das nicht verteidigen, und auf gar keinen Fall hinnehmen. XY müßte dann mit klarer Kritik von uns rechnen.

Die mehrfach geforderte Diskussion läuft seit Jahren in den Gruppen, in denen XY aktiv ist, über ihn und mit ihm. Dabei wird auch Kritik an ihm geäußert, aber die Diskussion läuft halt nicht in der Interim oder mit Leuten, die XY eigentlich gar nicht kennen. Voraussetzung für die Diskussion ist für uns die Auseinandersetzung mit der eigenen Beziehung gewesen. Sie läuft bei uns - ohne daß wir von sexuellem Mißbrauch an uns ausgehen. Wir verdrängen nicht und glauben auch zu wissen, "was da war". Die Diskussion ist nicht im Sande verlaufen wie von einigen behauptet wird, sie läuft - und lief auch schon vor den ersten Interim-Papieren - und sie wird (und muß!) natürlich weiterlaufen.

Wir kennen XY, wir kennen die, die mit ihm wohnen und mit ihm arbeiten und sind selbst mit ihm politisch aktiv. Wir drücken uns nicht davor, unsere Meinung kundzutun. Wir kriegen das Maul auf und suchen die Auseinandersetzung. Wer das als "aktiven Täterschutz" bezeichnet, bitteschön...

Schönen Tag noch
☺ Schugar
und Teddy ☺





Liebe ♀♀!!

Es gibt eine Wiese im Wendland, wo wir mit vielen Frauen/Mädchen (Lesben, Heten, Bi und allen anderen Frauen) den Sommer über in Zelten zusammen wohnen/leben, aktiv und widerständig sein wollen.

★ WIR SELBST SIND ★

suchende und manchmal findende - "nix machende" und doch immer unterwegs - vegan lebende Wagenbewohnerinnen oder Reisende wollen andere FrauenLesben kennenlernen und gerne mehr werden für ein gemeinsames Projekt, wollen einen Raum haben, wo wir ein "miteinander leben" ausprobieren können.

★ WARUM WENDLAND ★

Im Wendland befindet sich ein Atommüllzwischenlager bei Gorleben. Vor kurzem ist dort nach jahrelangen Protesten, Auch der dort lebenden Menschen, der erste Castoratommülltransport aus Phillipsburg eingerollt. Über die Köpfe der dort lebenden Bevölkerung und vieler anderer wurde grenzenlos hinweggegangen, die Verstrahlung von Pflanzen, Tier und Menschen ohne weiteres in Kauf genommen. Die nächsten Atommülltransporte werden in den kommenden Wochen und Monaten erwartet. Wir wollen ein Anlaufpunkt sein für ♀♀, die sich an Castor-Aktionen beteiligen wollen. WIR STELLEN UNS QUER !

IDEEN ★ VORSCHLÄGE ★ GESPINSTE ★ - was sich entwickeln kann -

Castor-Aktionen - ♀♀ im Rechtsextremismus - Stockkampf - Infos über den Widerstand im Wendland und Atompolitik - Frauen als Täterinnen/ Mittäterinnen - ♀♀ & Naturverständnis - Umgang mit Sexismus und Vergewaltigung - fem. Utopie und Alltag - Hängematten knüpfen - Konfliktbewältigung und Umgang unter FrauenLesben - WENDO & andere Selbstverteidigungsformen - Akrobatik - Spanisch lernen - Rassismus in uns - Erfahrungsaustausch zwischen ProjektfrauenLesben - Theater -

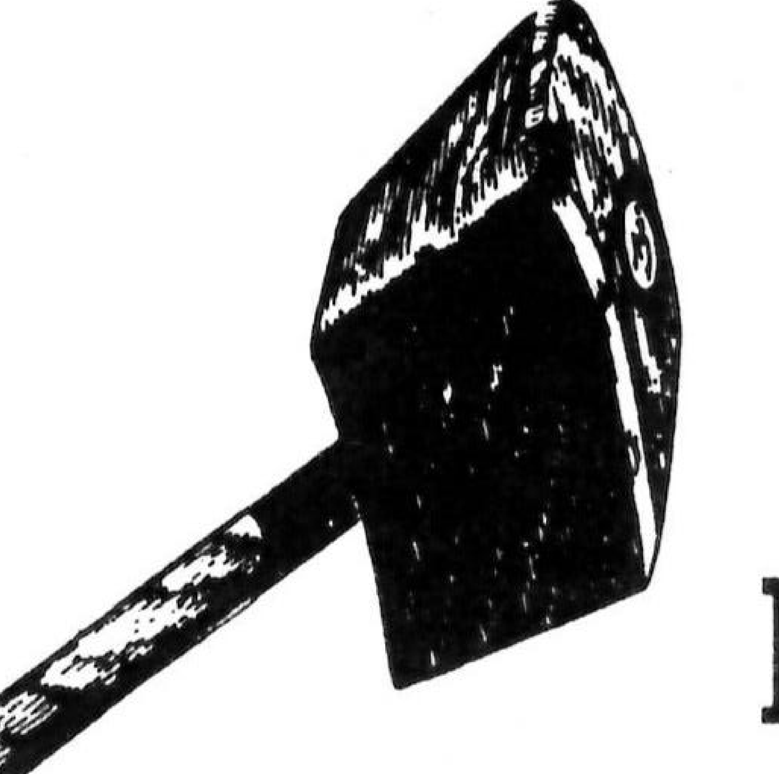
außerdem möchten wir in Lerngruppen, das heißt in kleinen Gruppen kontinuierlich zu bestimmten Themen arbeiten, Themen vertiefen, um inhaltlich weiterzukommen, da die Erfahrungen von Wochenend-Treffen oft unbefriedigend sind weil Inhalte nur angerissen werden können.

Das alles sind Vorschläge und Ideen, deren Umsetzung von der Motivation und den Interessen der FrauenLesben, die da sein werden abhängig sind. Wenn ihr selbst Vorschläge für Diskussionen, Aktionen oder workshops habt, meldet euch bzw. kommt und macht's einfach.
Was auf dem Camp läuft ist von allen, die da sind, abhängig. Wir woller nicht die Hauptverantwortlichen für's Camp sein - alle sind verantwortlich, bzw. gestalten das, was dort sein wird, mit. Wir können und wollen kein fertiges Programm erstellen, unser aller Kreativität ist gefragt.

HERRschaft is ja erstmal son abstrakter begriff
und es sind viele menschen, wesen, ebenen und gebiete
die dadurch unterdrückt werden
wir wollen leben
suchen nach möglichkeiten, neuen möglichkeiten von widerstand
der uns selbst als menschen voller widersprüche nicht ausblendet
wir schaffen uns einen raum zum schreien und heulen,
zum kraft finden und sehen, an was für einem platz wir als
meist weiße frauenin europa stehen
wir wünschen uns austausch mit möglichst vielen frauenlesben
um gemeinsam weiterzukommen

Was stattfindet hängt von euch ab die ihr kommt
16.8.-20.8 Treffen zum Thema Veganismus/Radikalökologie
Infos(nur mit Rückporto) über:
♀♀ Camp, Wallerstr.45, 28219Bremen

Da wir erstmal nur die Wiese haben, müssen natürlich noch 'nen Haufen Sachen mitgebracht werden, wie:
Geschirr, Zelte, Werkzeug, Wasserkanister, Fahrräder, Nägel, Schrauben, Musikinstrumente...
Fließend Wasser und Dusche gibt's nicht, Kompostklo muß von uns noch gebaut werden, laßt Müll und Autos zu Hause.
Wir wollen so billig wie möglich dort leben und eine Gemeinschaftskasse dort haben. Wir möchten, daß die Küche vegan ist (frei von tierischen Produkten).
Wir können noch nicht abschätzen, ob es uns gelingt die Wiese für Rollifahrerinnen zugänglich zu machen - wir werden unser bestes versuchen !



* *Razzien sind ein Mittel, um Löhne niedrig zu halten.*
* *Razzien greifen nicht die Unternehmer an, sondern uns Arbeiterinnen und Arbeiter – ob mit oder ohne Papiere.*
* *Razzien spalten in Ausländer und Deutsche, legal und schwarz arbeitende, anständige und kriminelle Arbeiter.*

RAZZIA – NIX DA!

Ab 1. August stockt das Landesarbeitsamt Berlin seine "Fahndungstruppe gegen Illegale" von 25 auf 75, ab 1. Januar 1996 dann auf 150 Fahnder auf. Wenn es funktioniert, soll das Modell dann nach Leipzig, München, Frankfurt am Main usw. ausgeweitet werden. Die Baugewerkschaft begrüßt das Vorgehen des Staates. Sie will den Bauarbeitern einreden, sie müßten mit den Unternehmern zusammen gegen die Schwarzarbeiter vorgehen, um ihre Tariflöhne zu retten.

Das Gegenteil ist wahr: Razzien verschlechtern die Arbeitsbedingungen und Löhne der ansässigen *und* der ausländischen ArbeiterInnen. Schon heute werden täglich Hunderte unserer Kolleginnen und Kollegen abgeführt. Ein Teil landet sofort im Abschiebeknast. Die Hälfte der bei Razzien Festgenommenen sind "Sozialbetrüger", die sich zu ihrer Stütze noch was dazuverdienen (müssen).

Jetzt ziehen Staat, Unternehmer und Gewerkschaften die Kandare noch stärker an: Arbeitslose werden in "Qualifizierungsmaßnahmen" gezwungen, damit sie miesere Jobs annehmen. Das Arbeitsamt vermittelt offensichtliche Schwarzjobs. Dort greifen dich dann die aufgestockten Fahndungstrupps ab. Tariflöhne werden fast nirgends gezahlt; auf dem Bau arbeiten auch "legale" "deutsche" Leiharbeiter schon für Löhne zwischen 9 und 11 Mark brutto!

Razzien machen immer wieder Ansätze von Kämpfen auf Arbeit zunichte. Und viele KollegInnen werden auch ganz direkt um den Lohn geprellt, wenn die Razzia "zufällig" kurz vor Ende der Bauzeit stattfindet.

Erst war das Schlechtwettergeld dran, dann die Tariflöhne und Sozialleistungen. Jetzt sollen 8-Stunden Tag und arbeitsfreier Sonnabend dran glauben. Was kommt als nächstes? Der Urlaub? Das Krankengeld? Die Frühstückspause?

Wir haben die Schnauze voll! Es reicht!!
Schluß mit den Razzien!
Schluß mit der Kriminalisierung unserer Kollegen!
Schluß mit den "Betriebsunfällen" – keine Toten mehr auf Arbeit!
Gegen das Berliner Modell der verschärften Kontrolle!

Wer gegen Lohndrückerei, Arbeitshetze, Razzien und schlechter werdende Arbeits- und Lebensbedingungen gemeinsam was unternehmen will, soll sich blicken lassen.
Am Dienstag, 11.7.1995 um 19 Uhr im "BAOBAB" in der Winzstrasse 53, Berlin-Prenzlauer Berg

Gemeinsamer Kampf für weniger Streß und mehr Lohn!

ViSdP: Bettina Tinke, Hebbelstr 30, 14467 Potsdam · 4.7.95

Abenteuerspielplatz Friedrichshain -letzter Stand - Juni '95

Nach nun knapp 9 Monaten K(r)ampf und Bauverzögerung ist der Fall eingeteten, daß von der Commercial-Wohnungsbaugesellschaft, Bleibtreustr. 24,10707 Berlin-Charlottenburg (Tel. 030/8826291-2) ein weiterer Versuch zur Beräumung des Platzes unternommen werden soll.
Letztes Angebot der Kommerzial-Geschäftsführerin Ursel Karstedt und "ihrem"Immobilien-Fond war den Bebauungsplan dahingehend zu ändern, daß ein "Hinterhofspielplatz" von uns gepachtet werden darf (für max. 10 Jahre mit 1DMprom2, was ca. 700,-DM monatlich entspräche), und dieser "Spielplatz" zwischen Friedhofsmauer und Brandmauer des Neubaus entstehen soll.
Nach Berliner Bauordnung ist gesetzlich ein Richtwert von 4 m2 Grünfläche pro Wohneinheit vorgeschrieben
Hier also 47 Wohneinheiten(bestehend aus Eigentumswohnungen, Geschäften, Sozialwohnungen(Bow!!), und wohl ein paar wenige behindertengerechte Wohnungen (wegen den Fördergeldern über den 2. Förderweg vielleicht???), a'4 m2 = 188m2 gesetzlich vorgeschriebene "wohnungsnahe Siedlungsflächen", worauf mensch ja mal gespannt sein darf!!
"Unsere"sogenannten Interessen- und Volks--vertreter vertreten Ihre Interessen lieber im Neubau von Büro,-Geschäfts- und Yuppiepalästen als in bedarfsgerechter Altbausanierung und Leerstandbeseitigung in Friedrichshain, wobei der Kommerzial-Clan wohl alles versucht hat, eine beiderseitig akzeptable Lösung zu finden(ha,ha,ha).
Zur Bebauung des Geländes ist eine Bombenvoruntersuchung eingeplant, wozu der Platz beräumt werden soll.
Starten soll dieses Spektakel Anfang Juli, Baubeginn soll spätestens Anfang August sein.
Liebe Loite, verhaltet oich wenn Ihr könnt und wollt, wo imma Ihr seid!!!

Aktion KWG (Kinda Wehren sich Gemeinsam)



AM 30. JUNI 94 WURDE HALIM DENER IN HANOVER VON DEUTSCHEN BULLEN BEIM PLAKATIEREN DER ERNK FAHNE ERSCHOSSEN.

DER BRD STAAT IST MASSGEBLICH AN DER ABSCHIEBUNG VON KURDINNEN IN DIE TÜRKEI BETEILIGT UND NIMMT FOLTER UND TOD DIESER MENSCHEN IN KAUF

DESHALB HABEN WIR IN DER NACHT VOM 30.6. AUF DEN 1.7.95 EINIGE GELBE POSTAUTOS MIT DIESER FAHNE VERSCHÖNERT UND EIN TRANSPI "STOPPT DEN VÖLKERMORD IN KURDISTAN" AN DEN YORKBRÜCKEN BEFESTIGT.



Veranstaltung mit G Beck (Überlebender des Chug Chaluzi) am Dienstag, 11.7. um 19.00h - im "Reutersaal" des Seminargebäudes am Hegelplatz (Clara Zetkin Str./gegenüber vom Hauptgebäude im dritten Stock

Der Chug Chaluzi

Die jüdische Jugendgruppe Chug Chaluzi (Kreis der Pioniere) bildete sich am Abend der sogenannten "Fabrikaktion" am 27. Februar 1943, in der die Nazis versuchten, die letzten noch in Berlin lebenden Juden und Jüdinnen zu deportieren. Die Mitglieder der Gruppe kamen überwiegend aus der zionistisch-religiösen Jugendbewegung. Initiator war Jizchak Schwersenz, der zwischen 1939 und 1941 als Leiter der Berliner Jugend-Alija Schule gearbeitet hatte, an der Jugendliche durch Berufs- und Sprachausbildung auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitet wurden. Schwersenz war bereits Mitte 1942 nach Überredung durch Edith Wolff, die in der Kulturabteilung der Jüdischen Jugendhilfe tätig war, in den Untergrund gegangen. Im Februar und März 1943 folgten ihm ca. 40 Jugendliche, die hauptsächlich über Kontakte von Edith Wolff zu jüdischen und nichtjüdischen UnterstützerInnen z.B. aus der "Bekennenden Kirche", mit Unterkünften, Lebensmitteln und falschen Papieren versorgt wurden. Durch die Verhaftung Edith Wolffs im Juni 1943 wurde der Kontakt zu den UnterstützerInnen teilweise unterbrochen.
Neben der Organisation der Illegalität wurden regelmäßige Treffen veranstaltet, auf denen Informationen ausgetauscht, gesungen und gebetet, zionistische Schulungen durchgeführt und die jüdischen Feiertage zelebriert wurden. Die kulturelle Selbstbehauptung war für viele Gruppenmitglieder, die sich oft erst infolge von Diskriminierungserfahrungen der Religion und dem Zionismus zugewand hatten, ein zentraler Aspekt des Widerstands.

Gad Beck

Gad Beck wurde am 30. Juni 1923 geboren und wuchs in Berlin auf. Sein Vater war österreichischer Jude, seine Mutter zum Judentum konvertierte Deutsche, die Familie aber weitgehend religiös neutral eingestellt. Trotzdem wurde Gad Beck seine jüdische Herkunft durch das Verhalten seiner Mitschüler schon früh deutlich gemacht. Außerdem kam er nach einem Zwangsumzug in ein sogenanntes "jüdisches Haus" in Mitte mit Erich Nelhans, dem späteren Leiter der Berliner jüdischen Gemeinde, in Kontakt, der ihn die Religiosität des Judentums einführte.
Da 1940 eine bereits vorbereitete Auswanderung nach Palästina scheiterte, schloß sich Gad Beck, nun zu Zwangsarbeit in einer Kartonagefabrik verpflichtet, einer illegalen Gruppe des Berliner Hechaluz an, wo er auch den Leiter der Chug Chaluzi, Jizchak Schwersenz, kennenlernte. Gad Beck engagierte sich intensiv und wurde schließlich Leiter einiger Gruppen und für deren Außenkontakte verantwortlich. 1944 mußte Jizchak Schwersenz nach einigen Verhaftungen im Umkreis des Chug in die Schweiz fliehen. Mit finanzieller Unterstützung durch die Hechaluz-Weltzentrale in Genf wollten er den Jugendlichen des Chug ermöglichen nachzukommen, und Gad Beck, der nun Leiter des Chug geworden war, übernahm die Aufgabe, ihre Ausreise in Berlin zu organisieren. Zunächst schien dies Vorhaben hoffnungsvoll zu verlaufen, da Kontakte zu einem Grenzer bestanden, der zusagte, die Gruppe gegen Bezahlung in die Schweiz zu schleusen. Dieser Kontakt erwies sich jedoch zur großen Enttäuschung aller - zum Glück jedoch rechtzeitig genug - als unsicher: Der Grenzer war Doppelagent der Gestapo.

Nun blieb Gad Beck vor allem, die Illegalität der Mitglieder des Chug und anderer Juden in Berlin zu organisieren. Dies gelang ihm trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich, auf Vermittlung des Hechaluz konnte der Kreis der durch den Chug unterstützten Illegalen auf - nach Schätzungen Gad Becks - 80 bis 100 Personen erweitert werden. Erst im Februar 1945, als Gad Beck in Hoffnung auf die bevorstehende Befreiung die Gelder des Hechaluz in Diamanten anlegen wollte, um das Vermögen der Organisation sicher in die Nachkriegszeit zu retten, flog die Gruppe auf. Durch Glück, und weil ein Nazi dem Befehl zur Erschießung aller im ehemaligen Jüdischen Krankenhaus Inhaftierten nicht nachkam, überlebten Gad Beck und die meisten Mitglieder des Chug in Berlin das Kriegsende.

Vor der Sommerpause: Bargeld für alle

Einkauf von Lebensmitteln aus den Berliner Flüchtlingswohnheimen

Der nächste Termin für den An- und Verkauf von Waren aus den Heimen findet
am Sonntag, dem 9. Juli 1995 von 15.00 bis 19.00 Uhr
im *Rat&Tat*, Liebenwalder Str. 16 im Wedding
statt (U9 Nauener Platz oder U6 Leopoldplatz).

Für alle, die es noch nicht wissen: "Bargeld für alle" - Flüchtlinge unterstützen!

Seit Inkrafttreten des **"Asylbewerberleistungsgesetzes"** wird vielen AsylbewerberInnen in der Bundesrepublik keine Sozialhilfe mehr ausgezahlt. Statt dessen erhalten sie Leistungen, die in ihrem Wert gegenüber der Sozialhilfe deutlich vermindert sind. Außerdem wird ihnen kein Bargeld ausgezahlt, sondern sie erhalten (auf verschiedene Weise) Sachleistungen. In Berlin funktioniert das so, daß die betroffenen AsylbewerberInnen bargeldlos in einem Magazin innerhalb eines Flüchtlingsheims einkaufen müssen.

Als **Aktion "Bargeld für alle"** versuchen wir seit Ende letzten Jahres, die betroffenen Flüchtlinge zu unterstützen, indem wir ihnen Sachleistungswaren zum Originalpreis abkaufen. Da wir selbst nicht über die Massen an Bargeld verfügen, müssen wir die aufgekauften Waren an Euch weiterverkaufen.

Wir wissen, daß wir so dieses Gesetz, das auch nur ein Teil eines zunehmend offensiver und rücksichtsloser auftretenden Rassismus in der BRD ist, weder heute noch morgen werden kippen können. Was wir aber tun können, ist zweierlei: die Profiteure, Verantwortlichen und Ausführenden solcher Regelungen behindern und den Alltag der Flüchtlinge durch praktische Unterstützung etwas menschenwürdiger gestalten. Beides sollte nicht ohne das andere geschehen.

Folgende Artikel (Auswahl) gibt's meistens.
Die Preise können sich evtl. von Zeit zu Zeit ändern.

Lebensmittel	
Spagetti	DM 1,60
Reis	DM 1,20
Honig	DM 1,75
Speiseöl	DM 1,80
Mandeln	DM 1,63
Kaffee / Tee usw.	
Kaffee Jacobs Krönung	DM 9,82
Kaffee Mocca	DM 6,64
Beuteltee	DM 2,15
Süßigkeiten	
Mars, Snickers, Bounty usw. (5er Pack)	DM 2,82
Mini Mars, Snickers, Bounty (Beutel)	DM 2,82
Schokolade Ritter Sport	DM 1,13
Milka Lila Pause	DM 1,64
getrocknete Aprikosen	DM 2,99
gesalzene Pistazien	DM 0,80
Nutella	DM 2,82
Toffee Bonbons	DM 2,82
Drogerieartikel	
Palmolive Geschirrspülmittel	DM 3,80
Seife Nivea	DM 1,12
Spee Waschmittel	DM 9,63

Wenn wir die Waren nicht loswerden, können wir auch nur begrenzt aufkaufen. Daher hoffen wir, daß viele den Weg in den Wedding finden.



Konzert auf der Bühne

15.00 Uhr: „Ameba" (Folk-Punk aus Warschau) **16.00 Uhr:** „Afrika-Drums"
16.45 Uhr: „Krawattenzwang"; **17.30 Uhr:** „Babs Balooxe" (Ska aus Jamaika)
18.30 Uhr: „B 1000" **20.00 Uhr:** „Drugs+Politik" (Punk-Rock aus Polen)
21.00 Uhr: „The Age of Necrophile"

An der Wiese Metzer Straße

17 - 17.30 und 19.30 - 20.00 Uhr: Musik-Varieté von der Frauen und Lesben-Wagenburg



Vorträge/Diskussionen

16.00 Uhr: Was ist Humanistisch an der „Humanistischen Bewegung"
Vortrag über eine Rechte Kader-Sekte die die Weltherrschaft anstrebt.
Besonders im Ostberliner Stadtbezik Prenzlauer Berg versucht diese Sekte unterdem Deckmantel der Kiez- und Bürgerinitiative Einfluß zu gewinnen und neue Mitglieder zu rekrutieren.

17.00 Uhr: Kamsko-Uralische-Republik der Freien Arbeit
Die Entstehung im revolutionären Rußland 1918 und ihr Niedergang 1921 durch die Bolschiewikis.

18.00 Uhr: „The 43 group" - Antifaschistischer Kampf in Großbritanien 1946 - 50
Lesung und Diskussion mit dem Herausgeber vom Harald Kater Verlag und Übersetzerinnen.
„Dieses Buch über die physische Konfrontation mit den Faschisten könnte kaum zu einem besseren Zeitpunkt erscheinen, da die Debatte über effektive antifaschistische Taktiken immer wichtiger wird." (Red Aktion)
Ein spannender Zeitzeugenbericht über den Kampf jüdischer AntifaschistInnen nach Kriegsende gegen die sich auf Londoner Straßen und Plätzen wieder breitmachenden Mosley-AnhängerInnen.

19.00 Uhr: Industrie, Landwirtschaft, Handwerk - die dezentrale Energieversorgung
Ihre dezentrale Anwendung durch Energie sparen und durch dauerhafte Energiequellen. Hier und in der sogenannten Dritten Welt.

Am Colpo-Stand, 16.00 Uhr:
Ton/Dia Schau: Anarchia -was Sie schon immer fragen wollten und sich nie trauten. In einer witzigen Diaschau wird eine Betrachtung über heutige Ausprägung der Anarchie, ihre historischen Wurzel und einige Utopiegedanken vorgestellt.

Für Kinder ab 15.00 Uhr:
Schminken, Baden, Spielen

22.30 Uhr: Freiluftkino:

„Sonne der Hyänen"

Dokumentarischer Spielfilm der die Zerstörung eines alten tuneschischen Fischersdorfes durch deutsche Tourismusinvestitionen dokumentiert. Die Zerstörung des einheimischen kulturellen und sozialen Gefüges zu Gunsten von Kapitalverwertung und europäischen Massentourismus. Witzig und ironisch hält dieser Film gerade den deutschen TouristInnen den Spiegel vor.

Außerdem gibt es Essen, und Trinken in Hulle ind Fülle

zweisprachige
türkisch/deutsche Rechtsinfobroschüre
mit Verhaltenstips für Demos, Hausdurchsuchungen, Vernehmungen, daraus folgende ausländerrechtlichen Fragen u.a.
1 Ex. 2.- DM + 3.- Porto
10 Ex 20.- DM + 6.- Porto
Nur gegen Vorkasse in Scheinen oder Briefmarken
Bestelladresse Rechtsinfogruppe
c/o Infocafe
Schellingstraße 6
72072 Tübingen





6.7 & 8.7 1995, 20.00 Uhr
Wagenburg „Schwarzer Kanal"
Schillingbrücke/ Köpenicker Str
direkt am Spreeufer, 10 179 Berlin

KEINE STAATLICHE ERMORDUNG VON MUMIA ABU-JAMAL!

Wir haben in der Nacht vom 29. auf den 30. Juni 1995 die Firmen IBM und Amexco (American Express Company) in Zürich entglast, teilweise mit einer ihrer Geschäftspraxis entsprechenden Duftnote versehen und mit Farbe dekoriert.

Damit setzen wir ein Zeichen der Solidarisierung mit Mumia Abu-Jamal, ein Zeichen gegen staatlichen Mord und Repression, ein Zeichen gegen die kapitalistische Ausbeutung, ein Zeichen für eine revolutionäre Perspektive in Metropolenländern wie der USA und der Schweiz.

Amexco und IBM sind symbolische Teile des internationalen US-Kapitals. Dieses Kapital machte die USA zu dem Metropolenland mit dem schreiendsten Gegensatz zwischen der Arroganz des Reichtums und dem Elend der Armut, zum imperialistischen Land mit der tiefsten Wirtschaftskrise, zum Einwanderungsland mit der härtesten Rassendiskri-

16.6.95 Nachmittags demonstrierten 400-500 Menschen gegen die Hausdurchsuchungen am 13.6. und ihre Solidarität mit den vier Verhafteten. An den Messehallen (Kirchentag!) war Auftaktkundgebung, dann zog die **Demo** durchs Karoviertel. Die angemeldete Route führte weiter durchs Schanzenviertel und dann zurück zum Messegelände. Aber die Bullen wollten uns wg. Vermummung nicht aus dem Karoviertel ziehen lassen. Nach kurzer Beratung machte die Demo kehrt zurück zum Ausgangspunkt und löste sich nach einer Abschlußkundgebung auf.

Auf einem Treffen in der Flora am Abend wurde eine **spontane Demo zur Davidswache** auf dem Kiez beschlossen (dort liefen in diesen Tagen Mahnwachen wg. rassistischen Übergriffen durch die Bullen). Da das ganze Viertel mit Wannen zugeschissen war, war es fraglich, ob wir wirklich auf den Kiez gelangen könnten. Wenn uns die Bullen nicht durchlassen würden, sollte sich die Demo auflösen und an der Davidswache wieder treffen. Die Demo (80-100 Leute) formierte sich und zog ca. 200 Meter bis zu den ersten Bullen-Wannen, die massiv mit Steinen eingedeckt wurden. Damit war an eine Fortsetzung der Demo nicht mehr zu denken. Mehr oder minder fluchtartig gings zurück zur Flora. Bis zu diesem Zeitpunkt war von uns noch niemand verletzt oder verhaftet worden. Der Großteil der Demo verpieselte sich, entweder in die Flora oder in die Umgebung. Wem das nicht schnell genug gelang oder wer sich zufällig grade um die Flora herum aufhielt, wurde von den heranstürmenden Bullen (die erneut mit Steinen beworfen wurden) verhaftet und/oder zusammengeschlagen. 30-40 Verhaftete ("Landfriedensbruch" oder "versuchte Gefangenenbefreiung") sowie mindestens drei Schwerverletzte waren das bittere Ergebnis. Die Verhafteten wurden nach Billstedt auf die Wache verfrachtet und im Laufe der Nacht wieder freigelassen.

Einschätzung: Ganz offensichtlich wollten die Bullen am Nachmittag im Karoviertel , wie schon am 9.6. auf der Kampstraßen-Demo, das Vermummungsverbot auf jeden Fall durchsetzen (nur am Messegelände schien aus ihrer Sicht eine Konfrontation wegen der Kirchentags-BesucherInnen nicht opportun). Wie sich am Abend an der Flora noch mal (schmerzlich) zeigte, ist die Zeit da die Bullen sich in Hamburg nach zahlreichen medienwirksamen "Skandalen" (wie den veröffentlichten Mißhandlungen auf der Wache Kirchenallee z.B.) zurückhalten mußten, vorbei. "Durchgreifen" ist wieder angesagt. Einsatzleitung und Zugführer haben wieder "freieHand" von der politischen Führung signalisiert bekommen. Innensenator Wrocklage, der aufgrund der erfreulichen 1.Mai-Randale in die Kritik geraten ist, will wieder "Stärke" zeigen.

Angesichts des aufgefahrenen Bullenapparates am Karoviertel die Sperren zu durchbrechen zu versuchen, wäre sinnlos gewesen. Trotzdem hätten wir vielleicht nicht ganz so schnell "klein beigeben" müssen, bzw. wäre es auch denkbar gewesen, am/auf dem Messegelände alternative Protestformen anzuwenden.

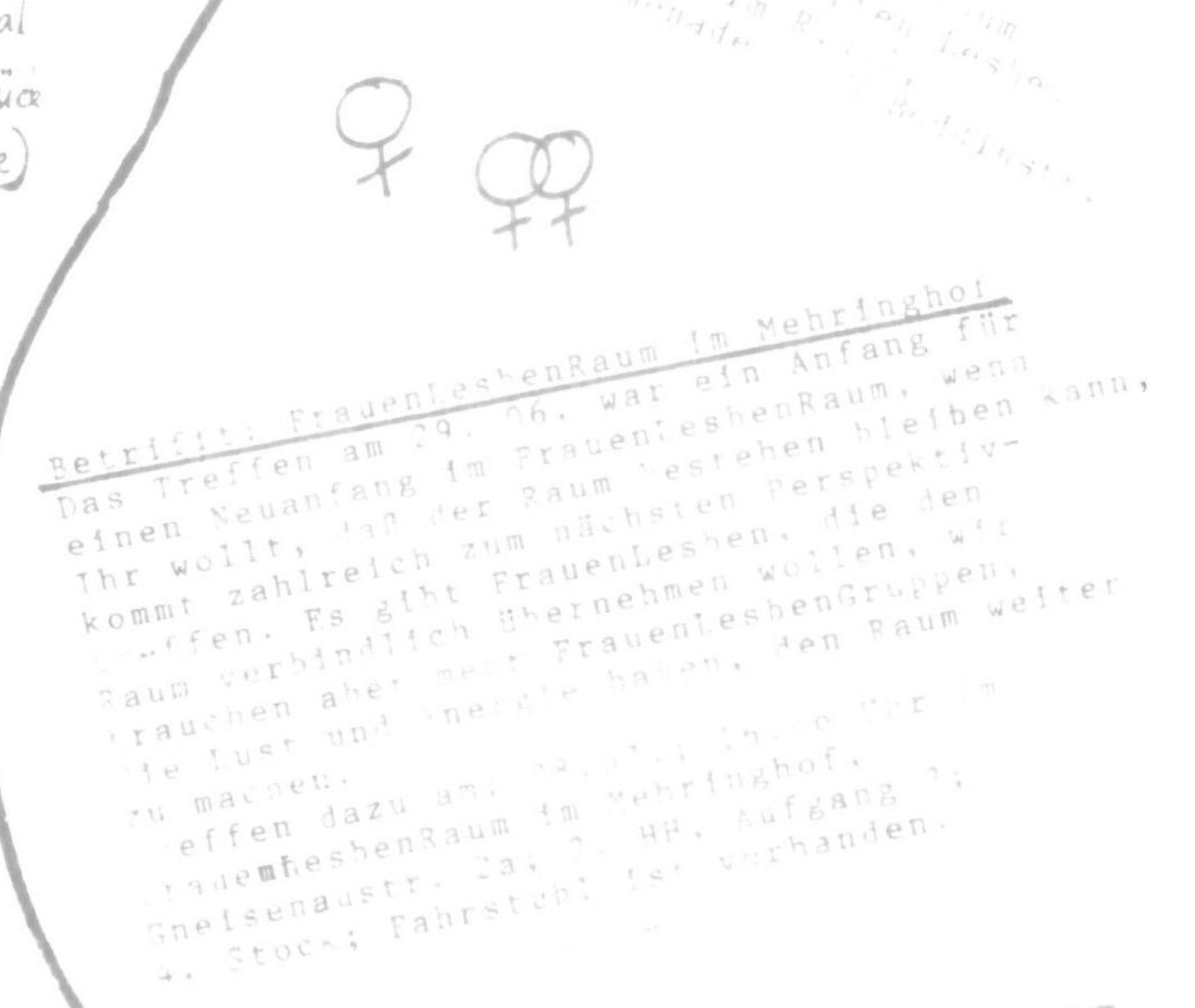
Die Demo am Abend war sicher waghalsig. Die Bullen waren massiv im Viertel und es schien unwahrscheinlich, daß sie uns einfach ziehen lassen würden. Dennoch war es wichtig, grade nach dem Mißerfolg am Nachmittag weiterhin Protest und Widerstand zu zeigen.

Die Steinwürfe wurden von vielen im Nachhinein als "Mackerverhalten" und "gegen die Absprachen" kritisiert. Nach den Hausdurchsuchungen und der Verhinderung der Demo am Nachmittag waren sie aber allemal verständlich. Den Menschen, die noch auf dem Schulterblatt die Bullen mit Steinen eindeckten, fehlte aber offensichtlich eine realistische Einschätzung der Situation und der unverantwortlichen Gefährdung anderer durch ihr Handeln.

In der Nacht zum 16.6. wird auf eine **Shell-Tanke in Volksdorf** ein Brandanschlag verübt. in dem BekennerInnenschreiben wird gefordert: "Keine Versenkung der Bohrinsel 'Brent Spar'". Den bürgerlichen Medien zufolge wurde das Schreiben vom Kopierladen "Schanzenblitz" aus an Zeitungsredaktionen gefaxt. Sollte das zutreffen (und davon muß wohl ausgegangen werden), so wurden die BetreiberInnen des Kopierladens in unverantwortlicher und leichtsinniger Weise gefährdet!! So gehts nicht, GenossInnen!!!

Am Abend sollte der umstrittene **W.Droste auf Kampnagel** auftreten. Droste hetzt unter dem Etikett "Satire" gegen Frauenprojekte und sexuell Angegriffene. Um die 80 Menschen machen sich an diesem Abend auf, den Auftritt Drostes zu stören. Der Veranstaltungsraum wird mit Buttersäure unbrauchbar gemacht, leider ... in einem





Das Treffen am 29. 06. war ein Anfang für einen Neuanfang im FrauenLesbenRaum, wenn Ihr wollt, daß der Raum bestehen bleiben kann, kommt zahlreich zum nächsten Perspektiv-[illegible]effen. Es gibt FrauenLesben, die den Raum verbindlich übernehmen wollen, wir [illegible]rauchen aber mehr FrauenLesbenGruppen, [illegible] die Lust und Energie haben, den Raum weiter [illegible] zu machen.
[illegible]effen dazu am [illegible] im Mehringhof, [illegible] FrauenLesbenRaum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, [illegible] HH, Aufgang [illegible], 4. Stock; Fahrstuhl ist vorhanden.

Party

Samstag, 8. Juli
ab 22 Uhr
Yorkstraße 59

Veranstaltung:
7. Juli 19 Uhr

KUNST ALS WIDERSTAND

VERBOTEN

Antifaschistische Aktion

Veranstaltung mit G Beck (Überlebender des Chug Chaluzi) am Dienstag, 11.7 um 19.00h - im "Reutersaal" des Seminargebäudes am Hegelplatz (Clara Zetkin Str. gegenüber vom Hauptgebäude im dritten Stock

Film: Die Praxis der Liebe: Video, Österreich 1984, **am Mittwoch, den 12.7. um 20.00Uhr**
90 min. von Valie Export
im El Locco, Kreuzbergstr.

NAZI-SPITZEL in der Szene !!!!!
Marion Ludwig in Kreuzberg und andere anderswo !

Vollversammlung
Freitag 7.Juli
19 Uhr
Pink Panter
Lausitzer Platz
Kreuzberg

Nazis are no fun!
Kein Fußbreit den Faschisten!





nest beschmutz

Solidaritäts-Fest für die angeklagten BesetzerInnen der Neuen Wache

Samstag 15. Juli 1995

21 Uhr
SO 36

Benefiz-Ausstellung
Montag 17. Juli bis Sonntag 23. Juli

KATO
im U-Bahnhof Schlesisches Tor